



# BILDUNG THURGAU

Mitteilungsblatt des Verbandes der Thurgauer Lehrerschaft (LTG)  
Sektion des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH)

**Hochspannung**  
garantiert Seite 6



**Aktionen** sorg-  
fältig planen Seite 10



**Anpassung**  
Vikariatslöhne Seite 16



**Plattform** für  
die Schule Seite 19



## «Geleitete Schulen»

**Einführung von Schulleitungen unbestritten**

Positionspapier des LTG an der DV genehmigt

ab Seite 20

**26. Jahrgang Ausgabe 4 – 2000/2001**

BILDUNG THURGAU erscheint vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember.  
E-Mail: bildungthurgau@ltg.ch

**Redaktionsschluss**

Mitte des Vormonats vor Erscheinen

**Herausgeber**

Verband der Thurgauer Lehrerschaft –  
Lehrerinnen und Lehrer Thurgau (LTG)

**Redaktion**

Markus Germann  
Huebackerstrasse 5, 8265 Mammern  
Tel. 052 741 37 41, Fax 052 741 54 41  
E-Mail: markus.germann@bluewin.ch

Marianne Germann

Layout/Korrektur  
Huebackerstrasse 5, 8265 Mammern  
E-Mail: marianne.germann@bluewin.ch

Maria Leonardi

Grünaustrasse 23, 9320 Arbon  
Telefon/Fax 071 446 86 54  
E-Mail: mari.leo@bluewin.ch

**Abonnemente, Adressänderungen**

Peter Schachtler  
Waldpark 4B, 9220 Bischofzell  
Telefon 071 422 70 71  
E-Mail: pschachtler@bluewin.ch

**Inserate**

Publicitas AG  
Zürcherstrasse 167, 8500 Frauenfeld  
Tel. 052 723 25 55, Fax 052 723 25 65  
E-Mail: frauenfeld@publicitas.ch

**Satz und Druck**

Druckerei Sirnach AG  
Fischingerstrasse 4, 8370 Sirnach  
Tel. 071 966 16 26, Fax 071 966 25 14  
ISDN (Leonardo): 071 960 08 00  
E-Mail: info@fairdruck.ch

**Präsident  
Pressestelle**

Magnus Jung  
Eichlibachstrasse 4, 9545 Wängi  
Telefon/Fax 052 378 27 83  
E-Mail: magnus.jung@bluewin.ch

**Vizepräsident  
Pressestelle**

Urs Beat Wyss  
Unterdorfstrasse 7a, 8370 Sirnach  
Telefon/Fax 071 966 71 16  
E-Mail: ubwy@bluewin.ch

**Kassier  
Adressverwaltung**

Peter Schachtler  
Waldpark 4B, 9220 Bischofzell  
Telefon 071 422 70 71  
E-Mail: pschachtler@bluewin.ch

**Aktuar**

Emanuel Schönholzer  
Opfershofer Strasse 8, 8575 Bürglen  
Telefon 052 335 46 37  
E-Mail: e.schoenholzer@freesurf.ch

**BILDUNG THURGAU  
Zentralvorstand LCH**

Markus Germann  
Huebackerstrasse 5, 8265 Mammern  
Telefon 052 741 37 41, Fax 052 741 54 41  
E-Mail: markus.germann@bluewin.ch

**BILDUNG THURGAU  
Beratung**

Maria Leonardi  
Grünaustrasse 23, 9320 Arbon  
Telefon/Fax 071 446 86 54  
E-Mail: mari.leo@bluewin.ch

**Beratung  
Lohn-/Arbeitszeitstatistik**

Roland Zeller  
Leimackerstrasse 8, 8355 Aadorf  
Telefon/Fax 052 365 12 49

**Beratung  
Internet**

Sonja Boppart  
Bahnhofstrasse 5, 8272 Ermatingen  
Telefon/Fax 071 664 30 27  
E-Mail: sonja.boppart@bluewin.ch

**Beratung**

Rahel Maag  
Gassackerstrasse 8, 8492 Wila  
Telefon 052 385 37 10  
E-Mail: tobra@bluewin.ch

**Günstige Zeit für ersten Kontakt:**

Maria Leonardi:	6.30 bis 7.15 Uhr
Roland Zeller:	12.45 bis 13.00 Uhr
Sonja Boppart:	12.15 bis 13.00 Uhr

Beratungstelefon für Mitglieder: 079 516 45 11 (Mo bis Fr von 12.30 bis 13 Uhr)

Dieter Füllemann (Seite 1) – Markus Germann (Seiten 3, 10, 20 bis 25) – Maria Leonardi (Seiten 6 bis 8, 14 bis 15, Zeichnungen Seiten 5, 11 bis 13) – Schulmuseum (Seiten 1 und 19)

# LUST UND FRUST IM VORSTAND

*Für wen setzt man sich in der Öffentlichkeit ein?*

**Die Lehrerschaft hat die Möglichkeit schlecht genutzt, an der hochkarätig besetzten, durch den LTG organisierten Podiumsdiskussion am 26. April 2001 zum Thema «Sprachenstreit» Informationen einzuholen und Meinungen abzugeben.**

*Urs Wyss, Vizepräsident*

Im Dezember 2000 begann ich mit den Vorbereitungen für die Podiumsveranstaltung zu dem Thema «Sprachenstreit». Als Impulsreferent konnte ich den St. Galler Regierungsrat Stöckling, Präsident der EDK, gewinnen. In seiner Agenda war noch ein einziger Abend frei, der 26. April 2001. Also legte ich die Veranstaltung auf diesen Abend fest, reservierte den Saal, lud weitere Gäste ein, welche sofort und gerne zusagten: Regierungsrat Bernhard Koch, Nationalrat Hansjörg Walter, Kantonsrätin Ruth Rechsteiner, Kantonsrätin Brigitte Häberli, Kantonsrat Martin Fehle, Heinz Leuenberger (Präsident VTGS) und Hans-Peter Schmid (Präsident der Schulsynode).

Zwei Wochen vor der Veranstaltung zog Regierungsrat Stöckling aus nicht verständlichen Gründen seine Zusage zurück. Ein erster Frust. Regierungsrat Bernhard Koch erklärte sich sofort dazu bereit, in die Lücke zu springen und das Impulsreferat zu halten.

Die Veranstaltung war gerettet! Nun galt es, mit neuer Lust die Werbung an die Hand zu nehmen.

Die Mitglieder des LTG wurden brieflich über die Sektionspräsidentinnen und -präsidenten, in BILDUNG THURGAU sowie mit Inseraten in den Tageszeitungen informiert und eingeladen. Weiter lud ich sämtliche Mitglieder der Schulsynode und alle Mitglieder des Grossen Rates persönlich zu diesem Anlass ein. Die Reaktionen auf diese Einladungen konnten unterschiedlicher nicht sein:

Regierungsrat Koch meinte, es sei doch selbstverständlich, dass er sich betei-

lige. Einige Mitglieder des Grossen Rates entschuldigten sich bei mir persönlich für ihr Fernbleiben. Von Seite der Lehrerschaft erhielt ich keinerlei Rückmeldung. Man ist versucht zu glauben, es seien also alle Kolleginnen und Kollegen im Publikum gewesen. Ja, einige waren da, und ich danke ihnen herzlich für ihr Interesse. In Tat und Wahrheit aber war die Lehrerschaft lediglich mit rund einem Prozent im Publikum vertreten. Um es zu verdeutlichen: Von rund 2000 Mitgliedern waren deren 20 anwesend! Ein zweiter Frust – ein anhaltender Frust.

Auf der Suche nach Gründen für das desinteressierte Verhalten der Lehrerschaft stosse ich auf etliche mögliche Erklärungen: Der 26. April war einer der ersten warmen Frühlingstage. Das Thema «Sprachenstreit» war nicht von Interesse. Die Kolleginnen und Kollegen waren alle völlig überlastet. Vielleicht wurden die Einladungen nicht in die Lehrerzimmer verteilt! Oder ist es am Ende sogar so, dass die Lehrerschaft resigniert hat? Resigniert, weil sie von all den sogenannten Reformen genug hat? Verschliesst sich die Lehrerschaft gegen die rasenden Neuerungen, weil sie sich auf das Kerngeschäft, das Unterrichten, konzentrieren will und muss? Die Liste der Erklärungen liesse sich spekulativ beliebig verlängern. Aber keine der Erklärungen lässt bei mir wieder so richtig Lust statt Frust aufkommen.

Ich möchte gerne wissen, für wen ich mich eigentlich einsetzen darf, für wessen Imageverbesserung ich in der Öffentlichkeit ständig antreten soll, wessen Interessen ich an all den Sitzungen vertreten soll. Ich möchte mit einer gehörigen Portion Lust für die Lehrerschaft, für den LTG arbeiten können. Dies ist aber nur möglich, wenn die Basis die Arbeit des Vorstandes aktiv unterstützt und mitträgt. Jede Rückmeldung, jede Reaktion, jede Aktivität, jeder Vorschlag aus der Lehrerschaft ist für eine erfolgreiche und befriedigende Vorstandsarbeit wichtig.

## EDITORIAL

Lust und Frust im Vorstand 3

## AKTUELL

Fall «Kündigungsschutz» abgeschlossen 4

Klare Ablehnung des LQS 5

## BILDUNG

Hochspannung garantiert 6

Springender Funke 8

## LTG

Aktionen sorgfältig planen 10

Welche Sprache zuerst? 11

Stichworte aus der öffentlichen Diskussion 13

Meinungen zum LTG aus Politik und Wirtschaft 14

## KANTON

Anpassung Vikariatslöhne 16

## LPK

Anlagemöglichkeiten des Pensionskassen-Vermögens 17

## KULTUR

Plattform für die Schule 19

## THEMA

Ja zu Geleiteten Schulen 20

Schulleitung nicht neu erfunden 21

Fünfzehn Forderungen zu Geleiteten Schulen 22

## LCH

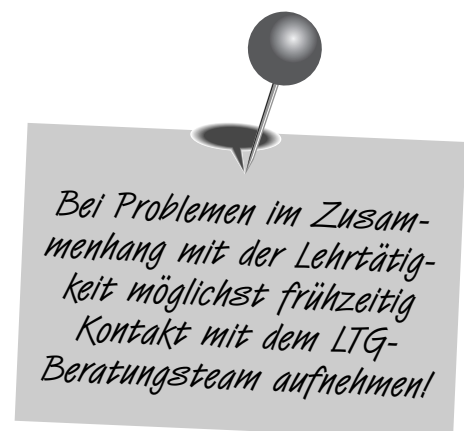
Keine überstürzten Kraftakte im Sprachenbereich 24

Seriöse Entwicklungsarbeit und Klärung offener Fragen gefordert 24

Zwingende Ausrüstungselemente 25

## INTERNET

Schlussbericht «Internet» 26



# FALL «KÜNDIGUNGSSCHUTZ»

## ABGESCHLOSSEN

*Einigung macht einen Bundesgerichtsentscheid überflüssig*

**Der LTG-Vorstand nimmt mit Genugtuung vom neuen Beschluss des Gesamtregierungsrates Kenntnis. In der wieder geänderten Rechtsstellungsverordnung wird den Lehrkräften im Wesentlichen die gleiche Sperrfristenregelung zugestanden, welche beim Staatspersonal und im privaten Recht zur Selbstverständlichkeit gehört.**

*Magnus Jung*

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau regelte am 23. Mai 2000 den Kündigungsschutz der Volksschullehrkräfte dahingehend neu, dass er den Lehrpersonen keine Sperrfristen während Unzeiten zugestand. Der Vorstand des LTG hat auf diesen sozialen Rückschritt mit einer Staatsrechtlichen Beschwerde beim Bundesgericht und mit einem Wiedererwägungsgesuch beim Gesamtregierungsrat reagiert. Auf Grund der verschiedenen Interventionen unsererseits wurde die Inkraftsetzung der Beschlüsse vom Mai 2000 aufgeschoben. In der Zwischenzeit fanden verschiedene, zum Teil schwierige Verhandlungen statt, welche nun zu einem fairen Ergebnis geführt haben. Die neue Regelung kann sicherlich von allen Beteiligten getragen werden. Durch diese Verhandlungen und schliesslich durch die Einigung beider Parteien konnte ein Urteilsspruch seitens des Bundesgerichtes vermieden werden. Der LTG hat seinen Verbandsjuristen, Dr. Hansjakob Zellweger, beauftragt, die Staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht zurückzuziehen. Somit kann der Fall «Kündigungsschutz» abgeschlossen werden.

Ogleich von dieser Ordnungsänderung «nur» die provisorisch angestellten Lehrkräfte betroffen waren, sah sich der LTG gezwungen, gegen diese Schlechterstellung auf verschiedenen Ebenen anzukämpfen. Die Bedeutung dieser nun geänderten Verordnung liegt vor allem auch darin, dass nach der Abschaffung des Beamtenstatus die Anstellungsbedingungen neu geregelt werden müssen. Dannzumal wird es keine gewählten

Lehrkräfte mehr geben, welche vom Kündigungsschutz durch die Beamtung profitieren können. Umso wichtiger war es also, bereits jetzt eine Formulierung zu finden, welche einen guten Schutz der Arbeitnehmer gewährleisten kann. Die neue Regelung für provisorisch eingesetzte Volksschullehrkräfte wird nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben.

Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Regierungsrates über die Rechtsstellung der Volksschullehrer und Kindergärtnerinnen vom 25. Februar 1980

vom 27. März 2001

I Die Verordnung des Regierungsrates über die Rechtsstellung der Volksschullehrer und Kindergärtnerinnen wird geändert.

1. § 29 der Verordnung des Regierungsrates vom 23. Mai 2000 betreffend die Änderung der Verordnung über die Rechtsstellung der Volksschullehrer und Kindergärtnerinnen wird aufgehoben.

2. § 32 lautet neu:  
Entlassung durch die Schulbehörde:  
§ 32 <sup>1</sup>Die Schulbehörde kann eine provisorisch eingesetzte Lehrkraft insbesondere wegen fachlichem Ungenügen, unbefriedigender Arbeitsleistung, mangelnder Zusammenarbeit, fehlender Vertrauensbasis, der Aufhebung einer Lehrstelle oder anderen organisatorischen Gründen unter Beachtung einer Frist von drei Monaten in der Regel auf Ende eines Semesters entlassen. Eine Entlassung wegen Krankheit, Unfall, Schwangerschaft und Niederkunft oder Militärdienst ist nicht zulässig.

<sup>2</sup>Eine Lehrkraft kann nicht entlassen werden:

1. während schweizerischer obligatorischer Militärdienst-, Zivildienst-, Zivildienst- beziehungsweise militärischer Frauendienstleistungen sowie bei Dienstleistungen von mehr als zwölf Tagen während vier Wochen vorher und nachher;
2. während einer ganzen oder teilweisen Verhinderung an der Arbeitsleistung durch Unfall oder Krankheit ohne eigenes grobfahrlässiges Verschulden, und zwar während längstens zwei Jahren beziehungsweise bis der Lohnfortzahlungsanspruch bei Krankheit und Unfall erlischt;
3. während der Schwangerschaft und in den 16 Wochen nach der Niederkunft;
4. während der Teilnahme an einer von der Bundesbehörde angeordneten Dienstleistung für eine Hilfsaktion, welcher die zuständige Instanz zugestimmt hat.

<sup>3</sup>Ist die Entlassung vor Beginn einer solchen Frist erfolgt, aber die Kündigungsfrist bis dahin noch nicht abgelaufen, so wird deren Ablauf unterbrochen und nach Beendigung der Sperrfrist bis zum entsprechenden Monatsende fortgesetzt. Die Bestimmung, wonach das Dienstverhältnis auf Ende eines Semesters endet, ist in diesem Fall nicht anwendbar.

<sup>4</sup>Ist die Entlassung vor Beginn einer Arbeitsunfähigkeit infolge von Unfall oder Krankheit erfolgt, dauert die Sperrfrist ein Jahr. Die Bestimmung, wonach das Dienstverhältnis auf Ende eines Semesters endet, ist in diesem Fall nicht anwendbar.

<sup>5</sup>Wird eine Entlassung aus den in Absatz 1 erwähnten Gründen nach einer Arbeitsunfähigkeit gemäss Absatz 2 Ziffern 1 bis 4 ausgesprochen, kann diese unter Berücksichtigung einer Frist von drei Monaten auf jedes Monatsende ausgesprochen werden. Die Bestimmung, wonach das Dienstverhältnis auf Ende eines Semesters endet, ist in diesem Fall nicht anwendbar.

<sup>6</sup>Die Absätze 2 bis 5 sind bei einer disziplinarischen Entlassung nicht anwendbar.

II Diese Verordnung tritt mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

# KLARE ABLEHNUNG DES LQS

Vernehmlassungsantwort des LTG auf der Internetseite zu lesen

Viele Sektionen und einzelne Teams haben sich an der Basisvernehmlassung zum LQS-Modell des Kantons beteiligt. Dazu spreche ich allen den Dank für die geleistete Arbeit und für die aktive Auseinandersetzung aus. Aus den Vernehmlassungen war wie erwartet zu entnehmen, dass sich die Lehrerschaft nicht generell gegen eine Beurteilung wehrt, aber umso mehr die geplante Einführung des LQS in aller Entschiedenheit ablehnt.

Magnus Jung

In einer kleinen Arbeitsgruppe unter Mitwirkung von Robert Lötscher wurden die Meinungen der Lehrerschaft ausgewertet und in einer ausführlichen Vernehmlassungsantwort aufgenommen, welche auf unserer Homepage ([www.ltg.ch](http://www.ltg.ch)) abgerufen werden kann. Es erübrigt sich somit, dass ich hier in aller Ausführlichkeit über den Inhalt dieser Antwort Bericht erstatte. Durch die vorangegangene Präsidentenkonferenz wurde angeregt, dass zusätzlich zur Vernehmlassung eine Umfrage bezüglich erweiterter gewerkschaftlicher Massnahmen im Falle einer definitiven Einführung des LQS

Delegiertenversammlung ein. Der Vorstand des LTG erarbeitete einen Gegenantrag, welcher in die gleiche Richtung stösst, aber nochmals einen Entscheid durch eine ausserordentliche Delegiertenversammlung verlangt.

Die Sektion Romanshorn-Salmsach beantragte an der DV, dass

- der LTG in der unterrichtsfreien Zeit öffentliche Aktionen gegen die Einführung des LQS durchführt und
- diese mit «Informationsoffensiven» (wie beispielsweise der Verbreitung von konkreten Vorschlägen, wie man das für das LQS vorgesehene Geld für die Schule beziehungsweise die Schüler und Schülerinnen besser einsetzen könnte) begleiten.

Die vollständige Vernehmlassungsantwort zur «Lohnwirksamen Qualifikation (LQS) für Lehrkräfte» findet man im Internet unter [www.ltg.ch](http://www.ltg.ch) (Aktuelles/Vernehmlassungen).

der unterrichtsfreien Zeit gegen die Einführung des LQS und ruft bei Bedarf eine ausserordentliche Delegiertenversammlung zur Beschlussfassung ein.

- Der LTG setzt eine Arbeitsgruppe ein, der Vorstand nimmt darin Einsitz.

Der Gegenantrag des LTG-Vorstandes wurde mit grosser Mehrheit dem Antrag der Sektion Romanshorn-Salmsach vorgezogen und genehmigt. Dies bedeutet nun, dass sich eine noch zu

bildende Arbeitsgruppe mit diesem Thema auseinandersetzt und geeignete öffentliche Aktionen erarbeitet. Sicherlich kann dieser Auftrag noch weiter gefasst werden und nicht nur explizit das LQS beinhalten. Der erste Punkt des nun verabschiedeten Antrages ist bereits in der Umsetzung. Die Vernehmlassungsantwort wurde an alle Partei- und Fraktionspräsidien sowie an einige weitere Interessierte abgegeben. Für mich scheint es aber wichtig, dass stets bedacht wird, wer mit irgendwelchen Aktionen informiert werden soll



durchgeführt wird. Dieser Umfrage war zu entnehmen, dass rund die Hälfte der Antworten sich für solche Massnahmen aussprachen. Die Sektion Romanshorn-Salmsach reichte daraufhin einen Antrag zu Händen der

Der Gegenantrag des Vorstandes an die Delegierten lautete:

- Der LTG informiert die Öffentlichkeit über seine ablehnende Haltung gegenüber dem LQS.
- Der LTG plant öffentliche Aktionen in

und welche geeigneten Mittel hierfür benutzt beziehungsweise eingesetzt werden. Sollten irgendwelche Aktionen zur Durchführung gelangen, ist sicherlich eine grosse Solidarität der Lehrerschaft unabdingbar!

# HOCHSPANNUNG GARANTIERT

*Ein Besuch im Energiezentrum des Kantons Thurgau*

**Strom ist in unserer Zeit etwas Alltägliches und Selbstverständliches geworden. Dass sich hinter dieser Selbstverständlichkeit ein interessantes Wissensgebiet verbirgt, wissen wir mit Sicherheit seit dem lehrreichen Besuch des Energiezentrums in Arbon. Auf kleinem Raum präsentiert sich allerlei Wissenswertes, Kurioses und Spektakuläres zum Thema Strom. Im Zusammenhang mit dem Realienthema «Elektrizität» besuchten wir das Energiezentrum, wo wir während zweieinhalb Stunden von Bernard Georgy durch das Reich des Stroms geführt wurden und auch Gelegenheit zu sinnlichen Erlebnissen mit dem Phänomen Elektrizität erhielten.**

*Maria Leonardi*

Ein bläuliches Licht, ein Krachen, ein Blitz zuckt, ein Aufschrei – die Kirche brennt. «Ah» und «Oh» ertönt vielfach aus dem Dunkeln. Soeben hat Bernard Georgy, Leiter des Energiezentrums in Arbon, den Dritt- und Viertklässlern seinen spektakulärsten Versuch vorgeführt. Alle sind begeistert. Aber die allgemeine Nervosität zeigt, dass einige doch rechtes Herzklopfen bekommen haben angesichts einer so gefährlichen Sache wie einem Blitz. Gleich

wird den Kindern auch gezeigt, wie ein Blitzableiter funktioniert. Beim nächsten Blitzschlag bleibt die Kirche unversehrt.

In diesem Gebäude des Energiezentrums sind spezielle Grundlagenversuche zur Physik aufgebaut worden. Nicht alle der über 40 Versuche eignen sich für Primarschüler/innen. Normalerweise begrüsst Bernard Georgy eher Jugendliche der Oberstufe oder Studenten. Trotzdem hat er auch für die «Kleinen» Eindrückliches gefunden. So zeigt er ihnen, wie man mit einem Katzenfell und einer Kunststoffplatte Strom fließen lassen kann.

Sofort bemerken die Kinder, dass sie das Phänomen bereits aus dem Alltag kennen, wenn sie zum Beispiel einen synthetischen Pullover ausziehen oder einen Ballon durch Reibung am Körper kleben lassen. Wie wichtig eine Erdung ist, erfahren sie bei dieser Gelegenheit auch. Strom muss immer in den Boden abgeleitet werden. Sonst könnte man sich ernsthaft verletzen. Es ist wichtig, dass die Versuche, bei denen viel Spannung erzeugt wird, von einem Fachmann angeleitet werden, der weiss, wie er mit Strom umge-

hen muss. Dies zeigt sich gleich beim nächsten Versuch, wo mit einer drehbaren Kupferscheibe mehr als 50 000 Volt erzeugt werden – eine Riesenzahl, haben die Kinder doch gerade erfahren, dass in einer Batterie beispielsweise 1,5 Volt und in einer Steckdose 220 Volt stecken.



Aber auch kleinere Stromquellen sind beeindruckend. Mit dem Strom aus einer Zitrone lässt sich ein Summer antreiben. Hierbei darf Fabian aus der vierten Klasse gleich selber Hand anlegen. Dasselbe Prinzip hat auch Alessandro Volta bei der Erfindung der ersten Batterie angewandt. Ein nachgebautes Modell ist im Energiezentrum ausgestellt. Geschickt lässt Bernard Georgy hie und da Geschichtliches einfließen. So erklärt er, dass Benjamin Franklin den Blitzableiter mit einem Flugdrachen entdeckt hat, was aber nicht zur Nachahmung zu empfehlen ist. Ein Mann namens Tesla liess Strom durch die Luft anstatt durch Kabel fließen und begründete



Zum grossen Erstaunen der Kinder kann Bernard Georgy auch aus einer Zitrone Strom gewinnen, als wäre sie eine Batterie, und damit sogar einen Summer antreiben.



so den Anfang der drahtlosen Telephonie. Bei der Führung ist der Funke der Begeisterung im wahrsten Sinne des Wortes übergesprungen. Auf der Rückfahrt zum Schulhaus kommen bereits die ersten Vorschläge der zukünftigen «Elektrobastler» ...

### Anschauliche Ausstellung

Auch die Museums-Ausstellung im alten Gebäude des Elektrizitätswerkes hat ihre Höhepunkte. Hier hat Bernard Georgy die Reise durch die Geschichte der Elektrizität gestartet. Beeindruckt sind die Kinder besonders von einem beinahe hundertjährigen Buch mit den handschriftlichen Einträgen. Heute läuft der ganze Betrieb über ferngesteuerte Anlagen. In den letzten 50 Jahren hat sich der Stromverbrauch vervielfacht. Die Kinder zählen auf, wo sie in ihrem Leben überall Strom benutzen. Da kommt eine umfangreiche Liste zusammen! Interessiert werden Tabellen und Tafeln studiert, die aufzeigen, wie viel Strom in einem Haushalt, im ganzen Kanton und in der Schweiz pro Woche und Jahr und in welchen Tages- und Nachtzeiten verbraucht wird.



Die Mimik zeigt, welche Aha-Erlebnisse reale Anschauung und Erfahrung auslösen.



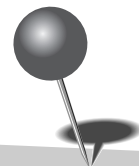
Anhand eines Kraftwerk-Modells erklärt Bernard Georgy den Primarschulkindern, wie der Strom hergestellt wird, den sie täglich beinahe selbstverständlich verwenden.

Mit Recht fragen sich die Kinder, ob wir denn immer genügend Strom hätten und wo der viele Strom hergestellt wird, den wir verbrauchen. Anhand eines Modells eines Wasserkraftwerks führt Bernard Georgy vor, wie sich aus mechanischer Energie elektrische Energie herstellen lässt und zeigt, wie eine Turbine und ein Generator funktionieren. Rund 60 Prozent der in der Schweiz erzeugten Energie stammt aus der Wasserkraft. Die restlichen 40 Prozent stammen grösstenteils aus der Kernkraft. Im Energiezentrum in Arbon steht ein naturgetreues Modell eines Kernkraftwerk-Kommandopults. Im oberen Stock lassen sich Leitungen und Kabel von der Dicke eines Oberarms bewundern. Fasziniert sind die Kinder von den alten Computern und deren Zubehör. Ungläubig betrachten sie die ersten Riesendisketten.

Schliesslich zieht sie noch eine Vitrine in ihren Bann. Darin sind verunglückte Versuche von «Elektro-Heimwerkern» ausgestellt: verkohlte Bügeleisen, Heizstrahler mit Fetzen eines eingebrannten Frottiertuches oder ein Stecker «Marke Eigenbau». Auch hier schliesst sich wieder der Kreis: Elektrizität ist eine faszinierende Sache, aber sie verlangt einen sachgemässen Umgang. Strom ist in unserem Leben eine Selbstverständlichkeit und ein fester Bestandteil. Man muss sich nur einmal vorstellen, auf was alles man verzichten müsste!

Am Schluss der Führung wird der Sachverstand von Bernard Georgy ge-

fordert, denn die Kinder belagern ihn mit Fragen. Natürlich weiss er auf alles eine Antwort! Auch die Zwischenverpflegung, die in der Pause offeriert worden ist, kommt sehr gut an. Wir können diesen Ausflug zu dem «komischen Saft», der in unseren Kabeln und Steckdosen fliesst, allen Interessierten sehr empfehlen.



**Öffnungszeiten:**  
auf Voranmeldung

**Gruppengrösse:**  
12 bis 18 Personen, wobei auch mehrere Gruppen gleichzeitig durch das Energiezentrum geführt werden können.

**Dauer:**  
etwa 1,5 bis 2 Stunden

**Kosten:**  
gratis

**Anmeldung und Auskunft:**  
Telefon 071 440 61 11  
energiezentrum@ekt.ch

# SPRINGENDER FUNKE

## Wie kommt der Strom in die Steckdose?

Das Energiezentrum Arbon des Elektrizitätswerks des Kantons Thurgau (EKT) verfügt über eine mitreissende Sammlung von allerlei Wissenswerten aus der Welt des Stroms. Kurzweilige Physikversuche aus den Anfängen der Stromgeschichte sowie anschauliche Modelle über heutige Produktion und Verteilung verleihen elektrischem Strom ein neues Gesicht. In Arbon kann man die spannende Welt hinter der Steckdose erleben und erfahren, wie alles begann.

Bernard Georgy, EKT

Die Schlüssel-Energie Strom ist seit über 100 Jahren aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Doch in welcher Zeit entstanden die bahnbrechenden Erfindungen und wurden die wegberaubenden Gesetzmässigkeiten entdeckt? Das Energiezentrum Arbon zeigt Meilensteine aus der Stromgeschichte – praktisch, abwechslungsreich und leicht verständlich. Technik zum Anfassen, Staunen und Nachdenken. Hochspannung ist garantiert! Zur Sammlung von rund vierzig elektrischen Versuchen gehören abwechslungsreiche Experimente mit Hochspannung bis zu 100 000 Volt genauso wie der Funke, welcher mehr als nur einmal – auch zu den Besuchern und Besucherinnen – hinüberspringt.

Erstaunliche Phänomene garantieren Entspannung und Spannung zugleich. Genauso bei den eindrücklichen Hochstromversuchen im Freien, wo Besucher und Besucherinnen die enormen dynamischen Kräfte sowie die thermischen Eigenheiten des elektrischen Stroms von bis zu 25 000 Ampere beobachten können. Strom ist nicht alles, aber ohne Strom funktioniert (fast) nichts! Was gehört alles zu einer gesicherten Stromversorgung? In der abwechslungsreichen Ausstellung des Energiezentrums Arbon werden mit zahlreichen Modellen viele

Fragen der Energiewirtschaft von der Produktion, der Übertragung bis zur Verteilung beantwortet. Sei es am Kommandopult eines Kernkraftwerks oder am Modell eines Speicherkraftwerks: Der Besucher beziehungsweise die Besucherin lernt verschiedene Produktionsarten kennen und erfährt, wie und wann die Schweiz Strom produziert.

Für den aktuellen Verbrauch im Thurgau steht ein PC-Arbeitsplatz bereit. Von hier aus können auch Schaltheilungen wie in der Netzleitstelle vorgenommen werden. Zur Simulation von Störungen in privaten Haushaltungen und EVU-Netzen wie Kurzschlüssen,



Blitzeinschlägen oder Überlastungen steht eine spezielle Modell-Landschaft zur Verfügung.

### Idealer Zielort für Gruppen

Das Energiezentrum Arbon bietet Schulklassen, Vereinen, Firmen und anderen technikbegeisterten Stromkunden alles, was «Rund um Strom» interessiert. Sei es zur Ergänzung des Schulunterrichtes, zur Auflockerung von Vereinsausflügen in den Oberthurgau oder als fachtechnische Information bei Firmenanlässen: Der Kreis der Besucherinnen und Besucher ist genauso vielseitig wie deren geografische Herkunft. Gerne gestalten wir entsprechend den Erwartungen und Kenntnissen der Gäste eine individuelle Führung. Wann erleben Sie im Energiezentrum Arbon die faszinierende Welt des Stroms? Ein Anruf genügt!



In der Pause geniessen die Kinder die vom Energiezentrum offerierte Zwischenverpflegung und studieren gleichzeitig die Funktionsweise einer Francis-Wasserturbine im Freien.



**WERBUNG**

# AKTIONEN SORGFÄLTIG PLANEN

## Rahel Maag neu im Vorstand und im Beratungsteam

**Fast einstimmig wurde an der Mai-DV das Positionspapier «Geleitete Schulen im Kanton Thurgau» genehmigt und der Gegenantrag bezüglich gewerkschaftlicher Massnahmen im Zusammenhang mit LQS angenommen. Einstimmigkeit herrschte bei der Wahl von Rahel Maag in den Vorstand, bei der Absegnung des Budgets 2001/2002 und bei der Genehmigung der Verbandsrichtlinien.**

Markus Germann

Präsident Magnus Jung informierte die 54 Delegierten in seiner Begrüssung über den aktuellen Stand zu Pensensreduktion, Vereinheitlichung der Oberstufe und zur Rechtsstellungsverordnung zum Kündigungsschutz. Deutliche Worte sprach der LTG-Präsident zum sich abzeichnenden Lehrkräftemangel. Er zeigte kein Verständnis für die beschwichtigende Haltung des Departementes und störte sich daran, dass mit vielen Argumenten der Lehrermangel erklärt wird, statt den Grund herauszufinden, weshalb sich viele Junglehrkräfte nach kurzer Zeit anderen Berufen zuwenden und auch ältere Lehrkräfte dem Beruf den Rücken kehren. Dies könne nicht nur an der Wirtschaftslage liegen. Wenn das Umfeld stimme, so werde es nicht so schnell verlassen. Er empfahl der Regierung, sich ernsthaft über die Einführung des LQS Gedanken zu machen, um dem Lehrberuf nicht noch eine unattraktive Komponente mehr hinzuzufügen. Der LTG wolle die Situation des Lehrermangels nicht ausnützen, aber auf Missstände aufmerksam machen. Gefragt sind tragbare und allseits faire Massnahmen.

### Mitgliederbeitrag bei 120 Franken

Obwohl der Arbeitsaufwand der LTG-Vorstandsmitglieder dauernd steigt, hatte der Vorstand hart am Budget gearbeitet, um mit weiteren Einsparungen den Mitgliederbeitrag bei 120 Franken belassen zu können. Wichtig ist aber, dass sich wieder mehr Lehrkräfte für eine Mitgliedschaft beim LTG entschliessen. Der nächsten Zahlungseinladung im Herbst wird ein vom LCH kreierter Flyer beigelegt, mit dem aufgezeigt wird, wofür sich LTG und LCH einsetzen und welche Dienstleistungen erbracht werden. Gerechnet wird mit einem Betriebsertrag von 372 968

und einem Aufwand von 367 182 Franken, womit ein kleiner Gewinn von 5786 Franken anstehen sollte. Ohne Einwände wurde das Budget einstimmig genehmigt.

### Rahel Maag ins Beratungsteam

Erfreulicherweise konnte der neunte Vorstandssitz wieder besetzt werden.



Rahel Maag wurde einstimmig gewählt und wird sich im Beratungsbereich engagieren. Sie ist verheiratet und Mutter eines 13-jährigen Sohnes. Ihre Ausbildung zur Primarlehrerin absolvierte sie im Kanton Zürich. Sie stellte sich als Lehrerin in verschiedenen Institutionen und als Schulleiterin zur Verfügung. Seit 1999 bildet sie sich am IAS in Maienfeld in der Fachrichtung Supervision und Coaching weiter.

### Kein LQS-Rettungsanker

In seiner Einführung zum Positionspapier «Geleitete Schulen im Kanton Thurgau» hielt Markus Germann fest, dass Schulleitungen kein Rettungsanker für das Thurgauer LQS-Modell

seien. Er bedankte sich für die vielen inhaltlich wertvollen Rückmeldungen. Die Diskussion zeigte keine Widerstände zu einzelnen Forderungen. Ulrich Eppenberger, Kreuzlingen, sprach sich generell gegen das Papier aus und befürchtete, dass damit die Lehrerschaft Schulleitungen als ein zeitgemässes Instrumentarium der Schulführung anerkenne. Nach dem Wechsel des Titels von «Schulleitungen» zu «Geleitete Schulen» wurde in einer Grundsatzabstimmung der erste Satz in der Einleitung, mit dem Schulleitungen grundsätzlich anerkannt werden, mit 51 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Das gesamte Positionspapier (siehe Seiten 22 bis 23) fand Annahme mit 52 zu 2 Stimmen. Vor dem Hintergrund der LQS-Diskussion stellte die Sektion Romanshorn-Salmsach einen Antrag an die Delegierten, dass der LTG ultimativ aktiv werden muss. Präsident Magnus Jung bedankte sich für das Engagement und wies darauf hin, dass für Kundgebungen und andere gewerkschaftliche Massnahmen wichtig sei, sich klar vor Augen zu halten, *wem* man Informationen *in welcher Form* und *mit welchen Mitteln* vermitteln wolle. Es gelte zu bedenken, *was* man erreichen wolle, *welche Alternativen* es gebe sowie zu gewichten, *was* es zu *verlieren* und *was* es zu *gewinnen* gebe.

### Ja zum Gegenantrag des Vorstandes

Deshalb hatte der LTG-Vorstand einen Gegenantrag formuliert. Er zielt inhaltlich in die gleiche Richtung mit dem Unterschied, dass die gewerkschaftlichen Massnahmen – was nicht gleichbedeutend mit Streik ist – nicht ultimativ durchgeführt werden müssen, sondern geplant und basierend auf einem Beschluss einer ausserordentlichen DV. Marc Ribaux, Präsident der antragstellenden Sektion, zeigte Verständnis für den Gegenvorschlag, welcher mit 49 gegen eine Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen wurde. Die «Richtlinien des LTG-Vorstandes für die Verbandsführung 2001–2005» wurden diskussionslos und einstimmig genehmigt.

Urs Wyss berichtete über den Verlauf des «Schule-Plus-Schweiz-Projektes» und begründete den Übungsabbruch mit mangelndem Interesse. Einstimmig schlossen sich die Delegierten der Meinung des Vorstandes an, womit das Pilotprojekt <S+.ch> im Kanton Thurgau vorzeitig beendet ist.

# WELCHE SPRACHE ZUERST?

## Der Sprachenstreit und seine Bedeutung für die Bildung

Unter der Leitung von Kantonsrätin Ruth Rechsteiner und Vizepräsident Urs Wyss führte der LTG am 26. April 2001 in Frauenfeld eine Podiumsveranstaltung durch. Diese Bildungsveranstaltung, welche von der Gruppe für Öffentlichkeitsarbeit initiiert wurde, sollte eine breite und eigenständige Diskussion zum Thema Fremdsprachenunterricht im Kanton Thurgau lancieren. Unter den Referenten befanden sich namhafte Persönlichkeiten aus Bildung, Politik und Wirtschaft. Das Impulsreferat wurde von Regierungsrat Bernhard Koch gehalten.

Maria Leonardi

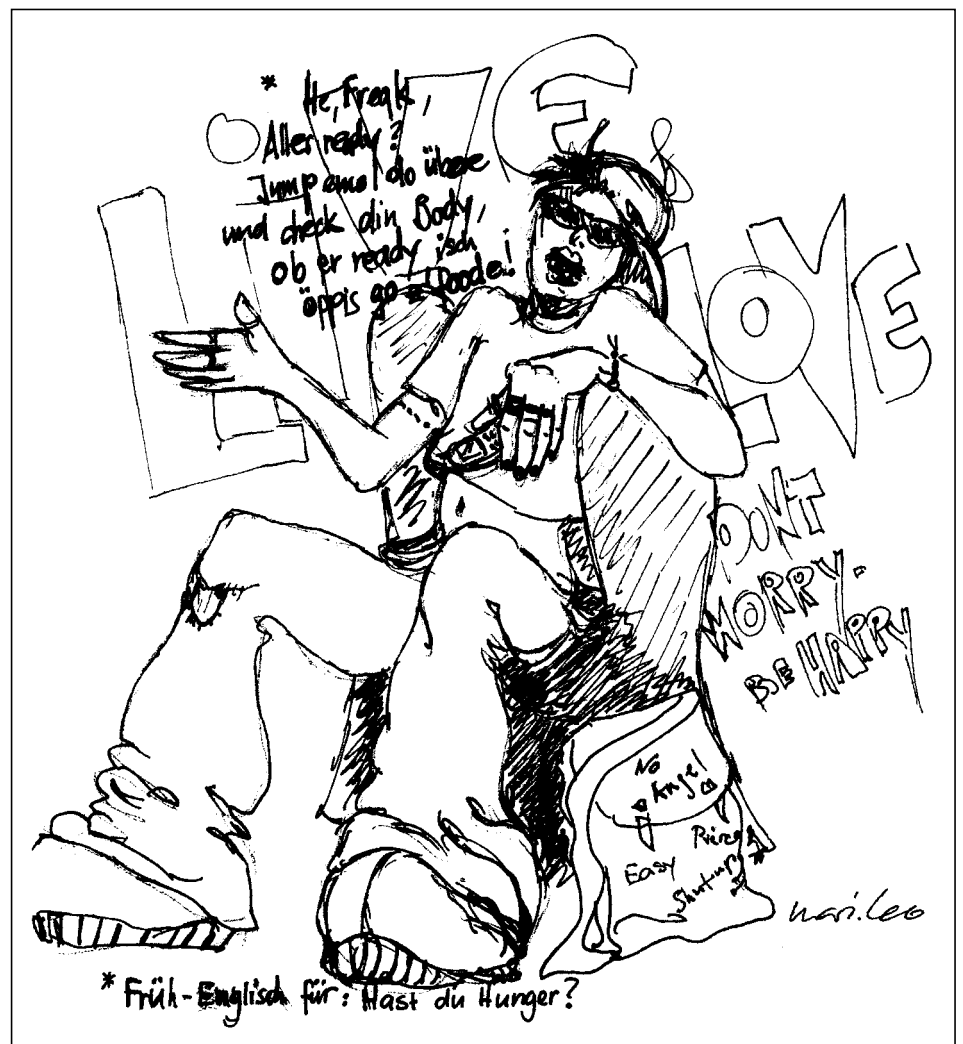
«Eigentlich müssen wir Ernst Buschor dankbar sein für seinen Entscheid, hat er doch damit eine nationale Diskussion zum Thema Fremdsprachenunterricht ausgelöst», meinte Regierungsrat Bernhard Koch einleitend. Auch die Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit im LTG erachten die Lancierung einer breiten, eigenständigen Diskussion im Kanton Thurgau für dringend notwendig und hatten zu diesem Zweck eine «hochkarätig» besetzte Runde zum Gespräch geladen. Neben Regierungsrat Bernhard Koch diskutierten Nationalrat Hansjörg Walter (SVP), Kantonsrätin Brigitte Häberli (CVP), Kantonsrat Martin Fehle (FDP), Heinz Leuenberger (Präsident des VTGS), Hans-Peter Schmid (Präsident der Schulsynode) und Magnus Jung (Präsident des LTG) während rund zwei Stunden zum Sprachenstreit in der Schweiz und dessen Auswirkungen für den Kanton Thurgau. Die erste Sprache, die der Mensch beherrscht, ist seine Muttersprache, in welcher er seine innersten Gefühle und Gedanken ausdrücken kann. Sie prägt ihn als Menschen und dadurch auch seine Kultur. Die Vielfalt der Kultursprachen ist aber stark am Abnehmen. Man nimmt an, dass in diesem Jahrhundert 98 Prozent der heute noch existierenden Sprachen verschwunden sein werden. Durch die Vernetzung und Verstechnisierung unserer Gesellschaft führt die Entwicklung je länger je mehr zu einer Vereinheitlichung der Sprache. Das globale Denken unserer Zeit erfordert die Einführung von Englisch als Universal- oder Weltsprache. Um global miteinander zu kommunizieren, muss Englisch in der Schule gelehrt und gefördert werden. Da die kulturelle Identität

aber nicht aufgegeben werden soll, ist laut Regierungsrat Koch klar, dass als weitere Fremdsprache eine Landessprache gelehrt werden muss. Diese fördere die landesinterne Verständigung und unterstütze das nationale Denken, dafür sei das Englische kein adäquater Ersatz. Einen Schwerpunkt in der Sprachendiskussion legen die Erziehungsdirektoren auf die Koordination unter den Kantonen. Diese soll durch verbindliche Lernziele und Beschreibungen der

Kompetenzniveaus gefördert werden. Die EDK empfiehlt, die erste Fremdsprache ab der 3. Klasse und die zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse einzuführen. Wichtig ist die kontinuierliche Evaluation der laufenden Versuche und Modelle. Um die Qualität des Fremdsprachenunterrichts zu gewährleisten, ist eine laufende Weiterbildung der Lehrkräfte (Sprachdidaktik, Sprachaufenthalte) erforderlich. Zur Zeit befinden sich die Empfehlungen noch in der Diskussion. Ziel sollte jedoch sein, dass diese bis 2010 in den Kantonen umgesetzt werden. Wichtig ist es, in der Frage des Fremdsprachenunterrichts auch die Haltung der Lehrkräfte zu kennen, denn diese seien noch nicht in den Entscheidungsprozess miteinbezogen worden.

### Meinung der Lehrerschaft gefragt

Die Lehrerschaft hat sich auf allen Ebenen intensiv mit der Sprachendiskussion auseinandergesetzt. Sowohl der LCH auf nationaler Ebene wie auch der LTG und der Synodalrat auf der kantonalen Ebene haben Stellung bezogen.



Vor überstürzten Kraftakten wird gewarnt. Die Muttersprache soll weiterhin im Zentrum stehen. Eine minimale Koordination, mindestens regional, ist anzustreben. Die Einführung einer weiteren Fremdsprache darf nicht auf Kosten musischer oder anderer Bil-

Auch die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben ihre Präferenzen. So liebt Hansjörg Walter als Politiker das Deutsch, kann aber besser Französisch als Englisch, Brigitte Häberli mag das Deutsch ebenfalls, liebt aber Französisch, weil es ihre Ferien-

Millionen. Die günstigste Lösung sei natürlich, wenn die Lehrkräfte ihren Bildungsurlaub fürs Englisch verwenden, meinte Regierungsrat Koch. Er hoffe allerdings auf eine gestaffelte Einführung und auf genügend PHS-Absolventinnen und -Absolventen mit genügender Qualifikation. Heinz Leuenberger ist ebenfalls der Meinung, dass die Lehrkräfte ihren Bildungsurlaub opfern sollten. Magnus Jung will nicht, dass die anfallenden Kosten auf diese Weise auf die Lehrkräfte überwälzt werden. Martin Fehle findet dies ebenfalls, mit der Einschränkung, dass den Lehrkräften durchaus Auflagen gemacht werden dürften. Er will eine möglichst rasche Einführung, ebenso Hansjörg Walter. Auch Brigitte Häberli findet ein Abwarten bis 2010 unrealistisch, da die Nachbarkantone bereits an der Umsetzung sind.



#### Studentafeldiskussion steht bevor

Wie soll das neue Fach in den Unterricht integriert werden, zumal andere Fächer wie Informatik eingebaut werden müssen? Man kommt nicht darum herum, über Inhalte zu sprechen. Ohne Abbau lässt sich eine Einbindung nicht realisieren, doch soll der Abbau auf keinen Fall einseitig im musischen Bereich geschehen. Dies fürchten vor allem die Vertreter der Lehrerorganisationen. Es soll eine Auslegeordnung gemacht werden und über die Kernaufgaben der Schule diskutiert werden. Es ist unbestritten, dass heute an die Schule Forderungen gestellt werden, welche früher in den Kompetenzbereich des Elternhauses gehörten. Deshalb müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden, so Heinz Leuenberger. Magnus Jung warnt vor der Verherrlichung der Immersionmethode, also dem Erteilen anderer Fächer in einer Fremdsprache. Die neue Didaktik gehe bereits wieder in die andere Richtung zum lernzielorientierten Unterricht.

dungsbereiche gehen. Bei der Einführung von Englisch ist der Nachqualifikation der Lehrkräfte und den damit verbundenen Kosten Beachtung zu schenken. Auf keinen Fall dürfen diese nur auf die Lehrerschaft überwälzt werden. Grundsätzlich lässt sich aus den Reaktionen der Lehrerorganisationen ein skeptisches Ja zur Dreisprachigkeit ablesen, wobei die Schulsynode klar auf die Einführung nur einer Fremdsprache während der Primarschulzeit plädiert.

Obwohl hier eine grosse Übereinstimmung aller Beteiligten herrscht, löst die Frage, welche Fremdsprache zuerst eingeführt werden soll, einige Diskussionen aus. Regierungsrat Bernhard Koch wäre dafür, die Schüler und Schülerinnen zu befragen. Er sei sicher, dass diese Englisch wählen würden. Bleibt zu beachten, wie sich diese Dreisprachigkeit auf die Kinder auswirkt, vor allem auf Jugendliche mit besonderen Voraussetzungen.

sprache ist, Martin Fehle redet zu Hause mit der Familie nur Spanisch, Hans-Peter Schmid liebt das italienische Essen, Bernhard Koch findet das Französische so charmant und die Mathematiker und Techniker Heinz Leuenberger und Magnus Jung bevorzugen Englisch. Trotzdem ist man sich in der Runde einig, dass man die Einführung von Englisch forcieren müsse. Die Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch müssen ausgewertet werden. So ist es laut Heinz Leuenberger sehr wichtig, dass verbindliche Leistungsziele abgemacht werden, auch im Hinblick auf einen Übertritt in die nächste Stufe.

#### Kosten in der Höhe von 10 bis 15 Millionen Franken

Die Höhe der Kosten für die Einführung einer weiteren Fremdsprache hängt vom Tempo der Einführung ab. Eine schnelle Einführung kommt den Kanton teurer zu stehen, etwa 10 bis 15

Auch Regierungsrat Koch findet es schwierig, die Immersionmethode zu vollziehen, erfordert sie doch eine aussergewöhnlich hohe Sprachkompetenz. Ausserdem müsse in der ganzen Studentafeldiskussion berücksichtigt werden, dass die Arbeitszeit der Lehrerschaft umgelagert werde. Dies hat Auswirkungen auf die Unterrichtszeiten der Schülerinnen und Schüler. Er sieht aber einen gangbaren Weg, wie er an der Oberstufe vollzogen wurde. Dort wurden überall kleine Abstriche gemacht.

Sind Kinder mit besonderen Voraussetzungen wie anderer Muttersprache nicht überfordert mit einer weiteren Sprache? Ist die Chancengleichheit so gewährleistet? Sicherlich bedarf es hier einiger Sonderregelungen, damit auch den Zugezogenen ein Anschluss ermöglicht werden kann. Hansjörg Walter findet, dass vor allem genügend gute Deutschkenntnisse wichtig seien. Mehrsprachigkeit soll denen ermöglicht werden, die Interesse daran hätten, die anderen sollen nicht damit geplagt werden.

**Kompetenz in Kernfächern wichtig**

Regierungsrat Koch will keinen Niveau-Unterricht auf der Primarstufe. Die Sprachkompetenz müsse gefördert werden, weil dies in Wirtschaftskreisen heute gefordert werde. Martin Fehle plädiert dafür, dass primär in den Kernfächern (Mathematik und Deutsch) genügend Kompetenzen zu erreichen seien. Keiner frage später danach, wieviel Turnen oder Handarbeit ein Kind gehabt habe. Ruth Rechsteiner stellt die Definition von Ausbildung und reiner Wissensvermittlung gegenüber der Bildung, die den Menschen als Ganzes ansprechen soll. Wo sollen in Zukunft die Schwerpunkte liegen? Ein Gesamtbildungskonzept sei schon seit langem gefordert, findet

Magnus Jung: Die Frage ist zu klären, was Bildung sei oder sein soll. Regierungsrat Koch möchte kein «Hochglanzkonzept», in dem der Ist-Zustand festgeschrieben werde. Dieser sei morgen schon wieder überholt. Er sieht rollende Vorgaben. Heinz Leuenberger wünscht eine Entflechtung der Aufgaben zwischen Elternhaus und Schule. Martin Fehle bekräftigt, dass die Schule klar sagen müsse, was sie nicht könne. Er wünscht sich so viel Ausbildung wie nötig und so viel Bildung wie möglich. Magnus Jung verlangt eine transparente Planung und Koordination der laufenden Projekte, sonst vergehe den Lehrkräften plötzlich die Lust und die Kraft zur Reform. Hansjörg Walter will eine klare Führung durch das DEK. Notwendige Leitvorgaben sind zu machen, unabhängig vom Zeitgeist.

Regierungsrat Koch stellt einen Entscheid im Fremdsprachenkonzept des Kantons auf Ende August 2001 in Aussicht. Den Einbezug der Lehrerschaft garantiert er. Es wird aber wohl kaum eine gesamtschweizerische Lösung geben. Die Verantwortlichen zeigten sich am Ende des Abend sichtlich zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung. Sie sind überzeugt, eine Diskussion lanciert zu haben. Im Publikum ist bereits angeregt diskutiert worden.

**STICHWORTE AUS DER ÖFFENTLICHEN DISKUSSION**

Flexibilität ist gut, aber es braucht auch Leute, die bremsen.

Man muss mehr Ruhe in die Schule bringen. Während der Volksschulzeit eines Kindes sollen die Neuerungen gehalten werden.

Man muss nicht gleich auf jeden Zug aufspringen, sondern überlegen, wo man eigentlich hinwill.

Man darf nicht einfach alles unbesehen aus den Nachbarkantonen übernehmen.

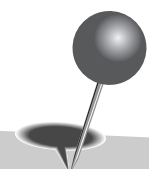
Die Empfehlungen der EDK sind keine Verpflichtung. Die Kantone können tun und lassen, was sie wollen. Es müsste mehr Verbindlichkeit geschaffen werden.

Wäre es nicht besser, etwas wegzunehmen als etwas dazuzutun? Ist Frühenglisch wirklich schon ab der 3. Klasse nötig?

Viele Kinder leben heute in schwierigen Lebensumständen. Wissensvermittlung ist da nur begrenzt möglich. Zuerst muss das Gemüt geöffnet werden, bevor man neue Inhalte bringen kann.

Elternarbeit ist sehr wichtig. Die Eltern müssen wieder vermehrt in die Verantwortung eingebunden werden.

Braucht es überhaupt Französisch, wenn wir Englisch haben? Französisch ist nur ein Politikum. Die Lehrerschaft sollte in dieser Frage unbedingt mitsprechen.

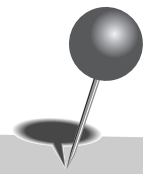


LIG-Position zum  
Frühsprachenkonzept auf den  
Seiten 24 bis 25


**Bernhard Koch**

CVP-Regierungsrat und Vorsteher des Departements für Erziehung und Kultur (DEK)

Der Verband der Thurgauer Lehrerschaft müsste erfunden werden, gäbe es ihn nicht schon! Als Erziehungsdirektor werde ich immer wieder mit Anliegen aus Kreisen der Lehrerschaft konfrontiert. Es ist mir unmöglich, mit jeder einzelnen Lehrkraft oder mit den einzelnen Lehrerteams in Verbindung zu treten. Der LTG ist für mich deshalb der Ansprechpartner. Ausserordentlich wertvoll sind die regelmässigen Treffen mit dem Vorstand. Ebenso lese ich mit Interesse das Mitteilungsblatt des Verbandes, darin finde ich jeweils die echten «Sorgen und Nöte» der Lehrerschaft. Die Zusammenarbeit findet auf einer Ebene des gegenseitigen Vertrauens statt.



## Meinungen zum LTG aus Politik und Wirtschaft

ausgedrückt von  
Teilnehmenden der  
Podiumsdiskussion vom  
26. April 2001


**Martin Fehle**

Kantonsrat FDP und Direktor der Industrie- und Handelskammer Thurgau

*Was halten Sie vom LTG?*  
Mit dem LTG kann die Lehrerschaft ihre Anliegen unabhängig von staatlichen Strukturen in den Meinungsbildungsprozess einbringen. Er ist ein Gesprächspartner in schulspezifischen Fragen.

*In welcher Beziehung stehen Sie zum LTG?*  
Ich habe den LTG kennen gelernt, als er sich um eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit bemühte und nach «schulfremden» Gesprächspartnern suchte.

*Inwiefern schätzen Sie die Zusammenarbeit mit dem LTG?*

Der Kontakt des LTG mit Wirtschaftsvertretern ist für beide Seiten wertvoll und dem Abbau von Vorurteilen förderlich. Meine Interpellation zur Einführung des Englisch-Obligatoriums auf der Oberstufe war unter anderem eine Frucht dieser Zusammenarbeit.


**Brigitte Häberli**

Kantonsrätin CVP

Der LTG ist ein gut organisierter, starker und moderner Verband, welcher die Thurgauer Lehrerschaft kompetent und mit Nachdruck vertritt. Ich sehe den LTG als fairen Partner der Politik, der bei Fragen der Bildung ein wichtiges Wort mitzureden hat. Ohne die Lehrerschaft sind die besten Bildungsprojekte nicht umzusetzen. Zum Wohle der Kinder ist es daher notwendig, dass das Gespräch und die Zusammenarbeit auch in Zukunft gesucht und gepflegt werden.



**Hansjörg Walter**

Nationalrat SVP und ehemaliger Volksschulgemeindepäsident von Wängi

Als Schulpräsident von 1993 bis 2000 der Volksschulgemeinde Wängi schätzte ich den LTG als eine kompetente Interessenvertretung. Der LTG kämpft für optimale schulische Verhältnisse. Wichtig ist, dass der Verband auch intern Diskussionen über die Weiterentwicklung der Bildung führt. Diese muss im Einklang mit der Lehrerschaft, der Schulbehörde und den Eltern geführt werden. In personellen Fragen schätzte ich die objektiven Interessewahrungen.

Die Interessensvertretung der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Thurgau durch den LTG ist für die Erfüllung des Bildungsauftrages sehr wichtig. Bildung kann man nicht kommandieren. Eine optimale Vernetzung von guten Rahmenbedingungen ist nötig. Der LTG kämpft für umsetzbare Lehrpläne und gute Unterrichtsverhältnisse, für Abgrenzungen zu den Eltern, für Kompetenzen gegenüber den Behörden und für motivierende Anstellungsbedingungen, die ein erfolgreiches Unterrichten ermöglichen sollen.



**Ruth Rechsteiner**

Kantonsrätin SP

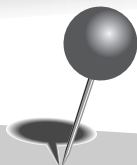
Gerade in Zeiten des Umbruchs ist die Arbeit eines Berufsverbandes wichtig. Ich stelle fest, dass der LTG immer mehr auch den Kontakt zur Öffentlichkeit sucht und sich engagiert in die aktuelle Bildungsdiskussion einmisch. Als Kantonsrätin freue ich mich darüber, weil nur in einem angeregten Dialog optimale Lösungen für unsere Schule gefunden werden können. In einer Arbeitsgruppe des LTG lernte ich die Offenheit und Bereitschaft des LTG-Vorstandes für Veränderungen kennen und schätzen. Als Politikerin freue ich mich über Lehrer und Lehrerinnen, die sich nicht nur über politische Entwicklungen im Bildungsreich ärgern, sondern sich aktiv einmischen.



**Hans-Peter Schmid**

Präsident der Schulsynode Thurgau

Der LTG vertritt alle Lehrerinnen und Lehrer des Kantons Thurgau in standespolitischen Anliegen. So ermöglicht er es der Schulsynode, sich auf die pädagogischen Fragen zu konzentrieren. Der Verband ist unabhängig, tritt sehr mutig auf, scheut die Konfrontation nicht, wenn sich der Einsatz lohnt, und ist erfolgreich. Schwierig ist es, immer allen Mitgliedern gerecht zu werden. Deshalb ist der LTG auf das Verständnis seiner Mitglieder für die Anliegen Einzelner oder von anderen Stufen angewiesen. Die Schulsynode arbeitet konstruktiv und koordiniert mit dem LTG zusammen.



*Mitgliedermeinungen gefragt  
Wer bereit ist, sich auf einer  
Doppelseite zur LTG-Mitgliedschaft  
zu äussern, meldet sich bitte bei Maria Leonardi.*

# ANPASSUNG VIKARIATSLÖHNE

## *Pensenumlagerung wird in ein Gesamtpaket eingebettet*

**Die Gespräche zwischen Regierungsrat Bernhard Koch und dem LTG finden inzwischen vierteljährlich statt und zeugen vom Interesse, welches der Departementschef dem Lehrerverband gegenüber zeigt. Am 7. März 2001 war erstmals auch die neue Amtschefin Annelies Huber mit dabei.**

*Emanuel Schönholzer*

Der Antrag zur gestaffelten Pensenreduktion auf 28 Lektionen für alle im Thurgau unterrichtenden Lehrkräfte mit Schwerpunkt auf der Oberstufe wurde am 13. Dezember 2000 durch den LTG eingereicht. Regierungsrat Bernhard Koch informierte, dass bereits eine interne, ämterübergreifende Arbeitsgruppe gebildet worden sei. Das Thema Pensenreduktion wird in einem grösseren Zusammenhang mit Besoldungen, Geleiteten Schulen und dem Berufsauftrag behandelt werden. In die Betrachtungen werden sämtliche Stufen miteinbezogen, so auch die Mittel- und die Berufsschulen. Bernhard Koch will mit einem Gesamtpaket vor den Regierungsrat treten. Auf den 1. August 2002 macht der Erziehungschef keine Versprechungen. Es sei durchaus möglich, dass eine gestaffelte Lösung angestrebt werde.

### **Mangel an Vikarinnen und Vikaren**

Annelies Huber stellte fest, dass bis im März sämtliche Vikariatsstellen durch ausgebildete Lehrkräfte besetzt werden konnten. Bezüglich Höhe der Vikariatslöhne wurden Abklärungen getroffen. Diese haben ergeben, dass die Löhne im Thurgau im Vergleich zu den Nachbarkantonen massiv schlechter sind. Auf Anfang Schuljahr 2001/2002 soll daran etwas geändert werden.

### **Heilpädagogemangel**

Magnus Jung wies darauf hin, dass im Kanton Thurgau bereits seit längerer Zeit ein Mangel an Heilpädagogen herrsche. Gleichzeitig gibt es etliche Lehrpersonen, die eine Heilpädagogische Zusatzausbildung absolvieren möchten, aber von der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) auf eine Warteliste gesetzt werden. Regierungsrat Koch begründet diesen Missstand mit der Tatsache, dass die HfH zu wenig Ausbildungsplätze bieten kann. Der Kan-

ton Thurgau zahlt so wie alle anderen Trägerkantone einen fixen Beitrag und erhält dafür eine gewisse Anzahl an Ausbildungsplätzen.

### **Betreuung von Junglehrkräften**

Der LTG-Vorstand hat dieses Anliegen bereits an der letzten Aussprache vorgebracht und wollte wissen, was inzwischen gelaufen ist. Heiner Teuteberg traf diesbezügliche Abklärungen. In Zukunft wird die Berufseinführung vollständig in der Hand der Pädagogischen Hochschule (PH) liegen. Solange aber noch Wählbarkeitszeugnisse ausgestellt werden müssen, wird das Inspektorat nach wie vor einbezogen. Heiner Teuteberg wird Vertreter des Inspektorats, der PH, des LTG, der Synode und der Weiterbildung zu einer Aussprache einladen. Es soll gemeinsam geklärt werden, wer im Moment was abdeckt und wie die Betreuung optimiert werden kann.

### **Kosten der Englisch-Weiterbildung**

Viele Oberstufenlehrkräfte haben mit einer Englisch-Weiterbildung begonnen. Bezüglich Kostenbeteiligung des Kantons zitierte Annelies Huber die Regelung aus dem FOBIZ-Programm: Die Weiterbildung Thurgau unterstützt die Lehrkräfte insofern, als dass sie für drei Wochen die Vikariatskosten übernimmt und Kurse im Ausland mit einem Betrag von 500 Franken pro Woche unterstützt. Dazu wird ein pauschaler Beitrag an die Gebühr einer bestandenen Prüfung von 350 Franken geleistet. Rückwirkend auf zwei Jahre können die Prüfungsgebühren zurückerstattet werden, sofern ein Antrag gestellt wird. Bezugsberechtigt ist, wer bereits jetzt oder künftig Englisch unterrichtet. Dies gilt im Moment nur für Lehrkräfte an der Oberstufe. Wenn jemand seine Attraktivität im Beruf steigern will und die Ausbildungskosten selber übernimmt, sollte es nach Meinung des LTG möglich sein, nachträglich die Auslagen zu-

rückerstattet zu bekommen, sofern eine Stelle im Bereich Englisch übernommen wird. Man sollte festlegen, wie viele Jahre nach Abschluss eine Rückerstattung noch möglich sein soll. Man will aber noch den Entscheid der EDK vom Juni abwarten, um zu wissen, ob eine Verbindung mit der Primarschule hergestellt werden soll.

### **Inspektorenwechsel in begründeten Fällen möglich**

Im Zusammenhang mit der Beratung stellt sich immer wieder die Frage, ob ein Inspektorenwechsel in begründeten Fällen möglich sei. Bereits in früheren Gesprächen und auch bei diesem Gespräch wird uns bestätigt, dass dies in klaren Fällen möglich sei. Anlaufstelle bei solchen Problemen ist nun neu Heiner Teuteberg als Leiter des Inspektorats. Grundsätzlich wird sich in dieser Frage in Zukunft noch einiges wandeln, vor allem im Zusammenhang mit Support und Schulleitung.

### **Basisstufe in weiter Ferne**

Zum Thema Basisstufe informierte Bernhard Koch, dass die EDK-Ost den Beschluss gefasst hat, dass man vor 2003 keinen Versuch beginnen will. Die Versuche laufen dann unter dem Patronat der EDK und nicht der einzelnen Kantone und haben den Auftrag, sowohl die Grund- als auch die Basisstufe zu erproben. Die wenigen Versuche, die geplant sind, sollen unter völlig unterschiedlichen Voraussetzungen durchgeführt werden. Vier Jahre Versuchs- und ein Jahr Evaluationsphase sind geplant, sodass vor 2008 keine grossen Änderungen im Kindergarten zu erwarten sind. Ob sich der Kanton Thurgau an den Versuchen beteiligen wird, ist noch nicht geklärt.

### **Aktueller Stand Mitte Juni**

Das Vikariatsbüro erlebt einen Ansturm, der mit den vorhandenen Ressourcen kaum zu bewältigen ist. Kürzere Vikariate können nicht mehr immer mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden. Die ab neuem Schuljahr geltenden Vikariatslöhne können noch nicht bekannt gegeben werden. Im Budget des Amtes für Mittel- und Hochschulen sind für die nächsten drei Jahre zusätzlich je 15 Studienplätze vorgesehen und bei der HfH beantragt.

# ANLAGEMÖGLICHKEITEN DES PENSIONSKASSEN-VERMÖGENS

*Wie wird es angelegt und worauf muss die LPK achten*

Die Möglichkeiten zur Anlage sind vielfältig, doch nicht alles, was möglich ist, kommt in Frage, verlangt doch das BVG eine Mindestverzinsung von 4 Prozent. In den letzten Jahren wurden die Sparguthaben zu 4,5 Prozent verzinst. Es ist aber gar nicht so einfach, jedes Jahr eine solche Performance zu erreichen.

Claude Besançon  
Pirmin Hugentobler

Die Statistik der letzten 30 Jahre zeigt, dass in mindestens einem von fünf Jahren dieses Ziel nicht erreicht wird. Die Schwankungsbreite reicht von minus 15 Prozent bis plus 25 Prozent. Es ist daher absolut notwendig, in guten Jahren Reserven anzulegen. An erster Stelle steht jedoch die Gewährleistung der Sicherheit. Nicht alles, was einen hohen Ertrag verspricht, ist vom Rating her pensionskassentauglich. Ein zweiter Grundsatz sagt, dass nicht alle Eier in den gleichen Korb gehören. Auf Neudeutsch: Mit dem Festlegen einer strategischen Asset Allocation muss eine dem Risiko angepasste Diversifikation des Vermögens erreicht werden. Dazu kommt drittens, dass immer genügend liquide Mittel – zum Beispiel für die Auszahlung der monatlichen Renten und der Freizügigkeitsleistungen beim Austritt – vorhanden sein müssen.

## Wie macht das nun die LPK?

Die Verwaltungskommission (VK) hat einen Anlageausschuss gewählt und in einem Anlagereglement die Zuständigkeiten festgelegt. Periodisch wird ein externes Gutachten erstellt, welches auf Grund der Versicherten- und Rentnerstruktur, der Kurswertschwankungsreserven und weiteren Parametern die Risikofähigkeit der Pensionskasse festlegt. Diese Analyse dient der VK zur Festlegung der langfristigen Anlage-Strategie (siehe Kasten). Der Anlageausschuss analysiert quartalsweise die mittelfristige Marktentwicklung, legt innerhalb der einzelnen Bandbreiten die Taktik fest und überwacht die Anlagetätigkeit. Der Verwaltung obliegt der Vollzug, also die konkrete Umsetzung der Vorgaben.

	Strategische Bandbreite	Taktik 31.12.2000
Liquidität	0,0% – 6,0%	3,5%
Obligationen Schweiz	15,0% – 25,0%	19,5%
Darlehen/Hypotheken	10,0% – 18,0%	14,0%
Oblig. Ausland	9,0% – 15,0%	12,0%
Aktien Schweiz	15,0% – 23,0%	19,0%
Aktien Ausland	16,0% – 24,0%	19,5%
Immobilien	9,0% – 15,0%	12,5%

## Direktanlagen und Mandate

Die LPK tätigt in den Segmenten «Aktien» und «Obligationen Ausland» keine Direktanlagen. Hier erfolgen die Anlagen bei Anlagestiftungen, Fonds oder über Mandate bei Portfolio-Manager. Diese haben den Auftrag, das anvertraute Geld so anzulegen, dass der Benchmark erreicht, oder noch besser, übertroffen wird. Bei den «Obligationen Schweiz», «Darlehen und Hypotheken» und zum grösseren Teil bei den «Immobilien» wird in Direktanlagen investiert. Zum Beispiel werden eine Million Franken bei der Emission einer Anleihe der Eidgenossenschaft gezeichnet oder bei einer Raiffeisenbank Kassaobligationen gekauft. Das Anlageprozedere bei der LPK ist keinesfalls ein hektisches Daytrading, sondern basiert auf einer langfristig ausgelegten Anlagestrategie. Untersuchungen zeigen, dass die richtige Strategie über 85 Prozent zum Erfolg beiträgt, während Taktik und Timing

Liquidität:	4,6 Prozent (30,4 Mio Fr.)
Obligationen Schweiz:	19,3 Prozent (128,1 Mio Fr.)
Darlehen, Hypotheken:	14,1 Prozent (93,5 Mio Fr.)
Obligationen Ausland Fremdwährung:	11,9 Prozent (78,8 Mio Fr.)
Aktien Schweiz:	20,1 Prozent (133,2 Mio Fr.)
Aktien Ausland:	16,5 Prozent (109,1 Mio Fr.)
Immobilien:	13,5 Prozent (89,5 Mio Fr.)

Ende 2000 betrug das Vermögen der LPK 662,6 Millionen Franken.

## FACHAUSDRÜCKE

**Anlagestiftung:** Fondsähnliche Produkte für Schweizer Pensionskassen. Diese genügen strengen Richtlinien bezüglich Produktgestaltung, ethischen Standards, Kontrollstelle und Aufsichtsbehörde.

**Asset Allocation:** Die Verteilung des verfügbaren Vermögens auf verschiedene Segmente (Aktien, Obligationen, Immobilien, etc.) in verschiedenen Ländern und Währungen.

**Benchmark:** «Messlatte», die zum Vergleich der Performance herangezogen wird (beispielsweise SMI, Dow Jones).

**Daytrading:** Der Versuch, mittels Ausnutzung kleinster Kurschwankungen innerhalb eines Tages Gewinne zu erzielen.

**Emission:** Die Ausgabe neuer Wertpapiere wie Aktien, Anleihen, Fonds oder Derivate und die Aufnahme des Handels an der Börse.

**Rating:** Die Bewertung der Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit eines Schuldners. Am kreditwürdigsten sind Schuldner mit einem «Triple A».

**Performance:** Gesamt-Rendite einer Investition in Prozenten; Erträge wie Zinsen, Dividenden und Kursgewinne abzüglich Aufwand wie Bankspesen und Kursverluste.

eine untergeordnete Rolle spielen. Die Resultate in den letzten Jahren bestätigen diese These.

# ASCONA – MONTE VERITÀ

**Rezension von Peter Ch. Schachtler**

*Von Robert Landmann, neu herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Martin Dreyfus; 304 Seiten mit 25 Abbildungen; gebunden mit Schutzumschlag; Frauenfeld, Stuttgart, Wien: Verlag Huber, 2000; ISBN 3-7193-1219-4; 48 Franken*

Hier traf sich die Prominenz zwischen der Wilhelminischen Ära und dem Tausendjährigen Reich mit heimatlosen Gesellen und wunderlichen Gestalten: Aussteiger mit langen Haaren und Lendenschurz, Frauen mit weissen Gewändern und Blumen im Haar,

Wahrheitssucher aus allen Ländern, Okkultisten, Gesundheitsbeter, Freiluftkurfanatiker, Vegetarier, Theosophen, Kronprinzen, Revolutionäre, Millionäre, Dichter, Politiker, Bankiers, Maler, Wandervögel, Tänzerinnen... Alle waren sie beseelt vom Wunsch nach einem naturnahen Leben abseits der Zivilisation. Auf dem Berg bei Ascona gründete 1900 der belgische Millionär Oedenkoven eine Kolonie, die er zusammen mit Ida Hofmann über 20 Jahre leitete. Nach einigen Wechseln landete das Unternehmen in den Händen von Baron Eduard Von der Heydt.

Mit Geschick und sehr viel Geld wandelte er den inzwischen sagenumwobenen Monte Verità zu einem modernen Kurhaus- und Restaurationsbetrieb, den er aus seiner hochwertigen Sammlung mit kostbaren Gemälden, schönen Plastiken aus allen Erdteilen, Gobelins und Stilmöbeln bereicherte.

Der Autor Robert Landmann war als Werner Ackermann in der Zeit zwischen Oedenkoven und Von der Heydt Mitbesitzer dieser Siedlung. Er berichtet in engagierter Weise und mit vielen Details die Kulturgeschichte des mondänen Berges am Lago Maggiore. Ursula Wiese überarbeitete seine Ausgabe und ergänzte sie in Zusammenarbeit mit Doris Hasenfrazz um die Geschichte der Brissago-Inseln.

**WERBUNG**

# PLATTFORM FÜR DIE SCHULE

## Visionen eines Schulmuseums als Zentrum für Schulkultur

**Die Stiftung Schulmuseum Mühlebach, Trägerin des Schulmuseums in Amriswil, hat Visionen und Ziele des neuen Forums für Schulkultur erarbeitet. Zur Hauptzielgruppe gehört die Mittelstufe. Das Zentrum will Dialoge auslösen und die Diskussion zu Schulthemen breit verankern.**

*Dominik Joos*

**Szene 1:** Der gestrige «Slow-up-Tag» war ein grosser Erfolg, wie jedes Jahr, seit die Stiftung Veloland diesen Tag organisiert. Alle Veranstalter der Region bemühen sich um ihr bestes Angebot, das nicht nur von Familien genutzt wird, sondern auch von jungen Paaren und Senioren, die mit der Bahn von weit her anreisen, um wieder einmal eine autofreie Zeit zu erleben.

Natürlich hat sich auch das Schulmuseum ins Zeug gelegt: Den ganzen Tag war Hochbetrieb im Werkraum, im Mehrzweckraum und im Garten. Die Maschine zum Buchbinden war ständig umlagert, jede Menge Schulhefte für den Shop sind entstanden. Das war der Tarif: für ein Heft zum Mitnehmen musste man zwei weitere produzieren, die für den Shop bestimmt waren. Im Garten entstand eine Riesensauerei beim Färben von T-Shirts mit Pflanzen aus dem Schulgarten und einer benachbarten Gärtnerei. Im Schulzimmer sah es aus wie in einer Schulstube des 18. Jahrhunderts, als es noch keine Stahlfedern gab. Der Raum war besät von kalligrafisch feinsäuberlich geschriebenen Kurzgeschichten.

**Szene 2:** Der Bus mit einer Schulklasse ist vorgefahren. Merkwürdig, die Kin-

der steigen nicht sofort aus. Haben sie es sich doch anders überlegt? Nein, die Klasse ist noch beschäftigt, all die gebrauchten Materialien wieder zu versorgen. Es ist nämlich nicht ein gewöhnlicher Bus, der die Kinder zum Schulmuseum bringt, sondern ein fahrendes Klassenzimmer. Die Schulklasse bleibt zwei bis drei Tage in der Region. Alle Schüler übernachten auf dem Bauernhof.

Das sind zwei Visionen, die exemplarisch den Betrieb und die angestrebte Vernetzung des Schulmuseums aufzeigen. Dem Schulmuseum als Zentrum für Schulkultur liegt ein moderner Museumsbegriff zugrunde. Es wird ein Ort der Begegnung angestrebt: Enkel hören ihren Grosseltern zu; Lehrpersonen treffen Eltern; Schülerinnen und Schüler beteiligen sich an Projekten. Hier entsteht ein Forum, eine Plattform für Auseinandersetzungen mit Schulkultur. Neben Ausstellungen und Führungen finden Podiumsdiskussionen, Workshops, Beratungen, Wettbewerbe, Konzerte und Projekte statt. Projektleiterin Renate Bieg formuliert es so: «Das Schulmuseum lebt von den Dialogen, die es auslöst. Das Museum wird verstanden als ein Medium, als ein Netzwerk, als ein Kommunikationszentrum.»



Altes Schulwandbild aus der Sammlung des Schulmuseums

Im Bereich «Schule und Bildung» zeigt sich das wandelnde Selbstverständnis einer Gesellschaft. Bei Fragen zur Bildungspolitik geht es immer auch um Wertvorstellungen. In einer sich dauernd wandelnden Gesellschaft steht die Institution Schule vor enormen Herausforderungen: Welche Inhalte werden in welcher Form vermittelt?

Welche Wertvorstellungen werden breit getragen? Die Historikerin Renate Bieg beschreibt das Fundament des Erfolges wie folgt: «Wir sind überzeugt, dass das Zentrum für Schulkultur eine Erfolgsgeschichte wird, wenn es ihm gelingt, ein offenes Forum für eine Vielzahl verschiedener Standpunkte, Erfahrungen und Erinnerungen zu sein.»

Die historische Sammlung als Rückgrat des Museums macht dann Sinn, wenn sie in die Gegenwart gebracht wird. In kleinen thematischen Ausstellungen werden die schulgeschichtlichen Objekte, die Sammlung mit materiellem und immateriellem Kulturgut unter aktuellen Gesichtspunkten neu befragt und für die Öffentlichkeit dokumentiert. Aufgabe des Schulmuseums ist es auch aufzuzeigen, wie die Schule Teil der Gesellschaft wurde. Weitere Aspekte betreffen die Schulgeschichte im engeren Sinn: Wie ist der Schulzwang entstanden? Das alte Schulhaus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bildet für diese Aspekte eine optimale Anschauung. Das Museum umfasst die Ausstellung, die Sammlung, das Haus und übernimmt die Funktion eines Netzwerkes mit all seinen Aktivitäten und Kooperationen.

### Mittelstufe vorerst Hauptzielgruppe

Hauptzielgruppe ist die Mittelstufe. Didaktisches Material und museumspädagogische Aktionen werden vorerst schweremotig für diese Stufe erarbeitet. Vorgesehen sind auch Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer. Zur Infrastruktur zählen ein altes, original eingerichtetes und zur Benützung freistehendes Schulzimmer, ein Werkraum, Ausstellungsräume, ein polyvalenter Raum zur Einstimmung (auch für Aktionen) sowie ein zeitgemäss eingerichteter Seminarraum zur Vor- und Nachbereitung. Zum Aussenraum gehören der Schulgarten und ein kleines Rondell. Für ältere Zielgruppen bietet das Schulmuseum auch Arbeitsplätze und eine Bibliothek zum Thema. Die dokumentierte Sammlung wird für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Eröffnet wird das neue «Schulhaus» voraussichtlich im Mai 2002.

Schulmuseum: Tel. 071 410 07 01/  
Fax 071 410 07 02/www.schulmuseum.ch/info@schulmuseum.ch

# JA ZU GELEITETEN SCHULEN

*LTG-Positionspapier findet Zustimmung der Basis und an der DV*

**Die Vernehmlassung des Positionspapiers wurde im Frühling abgeschlossen. Die Projektgruppe konnte sich bei der endgültigen Bearbeitung der 15 Forderungen auf 30 Rückmeldungen von der Basis berufen. Unsere Mitglieder stehen grundsätzlich hinter den Forderungen des LTG. Es wurden aber auch einzelne Vorbehalte und grosse Fragezeichen gesetzt. Es wird zum Beispiel befürchtet, dass die benötigte Anzahl an qualifizierten Schulleitungsbeauftragten nicht gefunden wird oder dass es für kleine Schulgemeinden keine tauglichen Modelle gibt.**

*Emanuel Schönholzer*

Anfang dieses Jahres hatte die Projektgruppe «Schulleitungen im Kanton Thurgau» den Entwurf eines Positionspapiers verfasst, welches den Sektionen zur Vernehmlassung vorgelegt wurde. Zur gleichen Zeit wurden die 15 Forderungen auch vom Vorstand diskutiert und teilweise geändert.

geneigt ist. Dennoch sieht man der Umsetzung kritisch entgegen, und viele Fragen sind diesbezüglich noch ungeklärt.

Bis Ende März trafen rund 30 Rückmeldungen ein. Zum Teil kamen Antworten auf unsere Fragen von einzelnen Schulleitungsbeauftragten oder von Schulhausvorständen, teilweise wurde schulhaus- oder sektionsweise geantwortet. Nur dreimal sprach man



**Schulleitungen an Mittelschulen wie im Seminar Kreuzlingen sind seit Jahrzehnten üblich. Bis etwa in zehn Jahren sollen Geleitete Schulen auch an der Volksschule Realität sein.**

Umso gespannter war die Arbeitsgruppe auf die Resultate aus den Schulhäusern, welche ab Mitte Februar eintrafen. Vereinzelt Gespräche mit Lehrkräften aus anderen Sektionen zeigten bereits im Vorfeld, dass man der Einsetzung von Schulleitungen gegenüber grundsätzlich nicht ab-

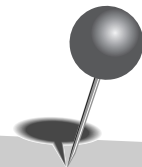
sich gegen die Einführung von Schulleitungen aus, dies aus mehreren Gründen. Unter anderem wurden negative Beispiele aus dem benachbarten Ausland erwähnt, aber auch die Befürchtung eines Mangels an qualifizierten Schulleitern. Ängste wurden geäussert, dass mit Schulleitungen zu-

viel vergeben wird, da die flache Hierarchie im Thurgauer Schulsystem als positiv empfunden wird. Ebenfalls Bedenken wurden im Zusammenhang mit kleinen Schulgemeinden geäussert. Da ist man noch nicht überzeugt, dass es genügend taugliche Modelle zur Umsetzung von Schulleitungen an Schulen mit vier oder weniger Abteilungen gäbe. Die Befürchtung nach dadurch entstehenden Gemeindezusammenschlüssen wurde ebenfalls geäussert.

## Meilenstein der Diskussion

Grundsätzlich waren die Antworten aber durchwegs positiv. Viele Sektionen sind froh, dass der LTG dieses Thema aufgegriffen hat und mit seinen 15 Forderungen einen Meilenstein in der Diskussion um «Geleitete Schulen» setzt. Dass das Positionspapier auch nach der Überarbeitung und der Verabschiedung durch die Delegierten nicht endgültig ist, scheint ebenfalls klar, da endgültige Aussagen über die Tauglichkeit der Forderungen erst dann gemacht werden können, wenn die ersten Schulen ihre Schulleitungen im Sinne der LTG-Forderungen eingesetzt und evaluiert haben.

Die offenen Fragen aus den Rückmeldungen wurden von der Arbeitsgruppe aufgegriffen und werden zum richtigen Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Diskussion zur Umsetzung der Rahmenbedingungen oder der Ausgestaltung eines Modells vor Ort gestellt. An dieser Stelle möchte ich im Namen der Projektgruppe und des Vorstandes allen danken, die mitgeholfen haben, dieses Positionspapier mitzugestalten und hoffe, dass die angeregten Diskussionen in den Schulhäusern bereits das Fundament zur Modellerarbeitung vor Ort gelegt oder zumindest einen Beitrag zur Teamentwicklung geleistet haben.



*Die Schulleitung sollte die Funktion einer Beratung haben und keine Qualifikationen durchführen.*



**Sollen Geleitete Schulen von Einzelpersonen oder von Teams geführt werden? Beides ist möglich, da die Umsetzung der Modelle nicht in Frauenfeld, sondern vor Ort von Lehrerschaft und Behörde zusammen festgelegt wird.**

leitungen grundsätzlich den heutigen Anforderungen an die Schule entspricht, hält jedoch fest, dass angesichts der Thurgauer Schulrealität mit vielen kleinen, bis jetzt selbständigen Landschulgemeinden kein flächendeckendes kantonales Modell zu Schulleitungen realisiert werden kann.» befürwortet. Das Positionspapier ist im Internet im Kapitel «Aktuelles – Positionspapiere» zu finden.

Die Texte in den drei Pinns stammen aus der Vielzahl von Rückmeldungen zum Positionspapierentwurf.

*Die Schulleitung muss (nicht kann) ein kleines Pensum unterrichten, damit der Bezug zum Schulalltag gewährleistet ist.*

An der Delegiertenversammlung vom 15. Mai 2001 wurde das auf den Seiten 22 bis 23 im Wortlaut abgedruckte Positionspapier des LTG mit 52 zu zwei Stimmen angenommen. Ausdrücklich wurde in einer ersten Abstimmung der Einleitungssatz «Der Verband der Thurgauer Lehrerschaft (LTG) anerkennt, dass die Einrichtung von Schul-

*Schulsekretariate können nur in grösseren Schulgemeinden eingesetzt werden. Wer übernimmt dies an kleinen Schulen? Gibt es Zusammenschlüsse? Wird das Schulsekretariat von der Schulbehörde übernommen?*

## SCHULLEITUNG NICHT NEU ERFUNDEN

**Der LTG hat mit seinem Positionspapier keine neuen oder revolutionären Forderungen gestellt. Er stützt sich auf Leitsätze der Vereinigung der Schulleitungsbeauftragten der Schweiz (VSL CH) und auf Erfahrungen anderer Kantone.**

*Emanuel Schönholzer*

Im Zentrum der Fachtagung des VSL CH im November 2000 in Hergiswil stand die Studie «Schulleitungsrealität an Volksschulen der Deutschschweiz». Die Autorinnen Sonja Dal Gobbo und Veronika Peyer-Sigrist und ihr Projektleiter Stefan Pfäffli von der Hochschule für Wirtschaft (HSW) Luzern hatten den Auftrag, eine Bestandaufnahme auf der Volksschule vorzunehmen, diese zu bewerten und Empfehlungen zur Optimierung von Schulleitungen abzugeben. Stefan Pfäffli stellte fest, dass die Studie keineswegs repräsentativ sei und nur eine Trendaussage zulasse, da nur rund 100 Schulleitungsbeauftragte aus sieben Kantonen befragt wurden.

Ihre Zufriedenheit hängt nur wenig von der Grösse des Teams oder der Entscheidungskompetenz ab. Von grosser Wichtigkeit hingegen ist eine klare Kompetenzregelung und eine gute Vorbereitung zur Einsetzung einer Schulleitung. Die Studie zeigt die Anforderungen an Schulleitungsbeauftragte: Fähigkeiten in Personalführung, pädagogischer Führung sowie Kommunikation werden viel stärker bewertet als Fähigkeiten im Bereich Administration oder Rechnungswesen. Ein Grossteil der Befragten wünscht sich mehr Zeit für den Bereich Entwicklung. Die Belastung ist tendenziell zu gross und kann abgebaut werden, indem höhere Pensen und eine gute Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Die Schulleitungsbeauftragten sollen marktkonform besoldet werden entsprechend ihrer gesteigerten Verantwortung. Weitere Informationen zu Schulleitungen findet man unter [www.vslch.ch](http://www.vslch.ch).

# FÜNFZEHN FORDERUNGEN ZU GELEITETEN SCHULEN

*LTG-Positionspapier im Wortlaut auch im Internet abrufbar*

**Der Verband der Thurgauer Lehrerschaft anerkennt, dass die Einrichtung von Schulleitungen grundsätzlich den heutigen Anforderungen an die Schule entspricht, hält aber fest, dass angesichts der Thurgauer Schulrealität mit vielen kleinen, bis jetzt selbständigen Landschulgemeinden kein flächendeckendes kantonales Modell von Schulleitungen realisiert werden kann. Generell sollte jede Gemeinde die Möglichkeit erhalten, eine Schulleitung einzurichten. Wenn sie sich aber zu dieser schulischen Organisationsform entschliesst, muss die «Geleitete Schule» Standards erfüllen, die in den nachfolgenden Forderungen umschrieben werden.**

*Forderung 1: Der Kanton muss verbindliche Rahmenbedingungen erlassen.*

Örtliche Schulleitungen können nicht «von oben» verordnet werden, sondern müssen von den Beteiligten der betroffenen Schulgemeinde (Lehrerschaft und Behörde) als Projekt innerhalb der kantonalen Rahmenbedingungen erarbeitet werden. Allen Beteiligten muss klar sein, dass eine Schulleitung, welche dem Begriff gerecht werden soll, sich unterscheidet von den mehrheitlich rein administrativen oder organisatorischen Aufgaben der bisherigen Vertretungen der Lehrerschaft bei Behördensitzungen sowie der Stundenplaner/innen und Schulhausvorstände.

## Rahmenbedingungen

*Forderung 2: Der Kompetenzbereich ist klar geregelt.*

Es ist zwingend, dass innerhalb der Schulgemeinde der Kompetenzbereich zwischen der gewählten Aufsichtsbehörde und der Schulleitung klar und unmissverständlich geregelt ist, um innerbetrieblichen Schwierigkeiten vorzubeugen. Die Schulbehörde soll in einer Geleiteten Schule die strategische, die Schulleitung die operative Führung übernehmen. Was unter strategischer und operativer Führung verstanden wird, muss definiert sein.

*Forderung 3: Die Ausbildung der Schulleitung wird zertifiziert.*

Der LTG verlangt eine ausreichende Ausbildung für Schulleiter/innen im Umfang der Richtlinien der EDK. Diese

sehen einen Grundausbildungskurs sowie Weiterbildungskurse vor. Eine Zusammenarbeit der Kantone ist zu befürworten, damit die Zertifizierung eidgenössisch anerkannt wird. Der Kanton und die Schulgemeinden be-



**Die Delegierten genehmigten an der Versammlung vom 15. Mai 2001 praktisch einstimmig das Positionspapier zu «Geleitete Schulen im Kanton Thurgau».**

teiligen sich finanziell an der Aus- und Weiterbildung von Schulleitungsbeauftragten.

*Forderung 4: Die Schulleiter/innen verfügen über angemessene Arbeitsbedingungen und sind der besonderen Aufgabe entsprechend angestellt.* Der Schulleitung stehen angemessene Zeitressourcen zur Verfügung nach dem Motto «Zeit vor Geld». Es ist festzuhalten, dass Schulleiter/innen nicht von einem Unterrichtspensum entlastet werden, sondern zu einem be-

stimmten Prozentsatz für eine besondere Aufgabe angestellt werden.

*Forderung 5: Die Schulleiter/innen werden in ihrer Funktion als Schulleiter/in angestellt und entlohnt.*

Die Tätigkeit eines Schulleiters oder einer Schulleiterin bringt eine erweiterte Verantwortung mit sich und kann mit einer Managertätigkeit verglichen werden. Diese neue Berufsgattung soll den Qualifikationsanforderungen und der hohen Verantwortung entsprechend entlohnt werden. Die Entschädigung ist der besonderen Stellung und Ausbildung angemessen und unabhängig vom ursprünglichen Beruf, aber abhängig vom Stand der Ausbildung. Es muss ein neues Lohnband für die Schulleitungsbeauftragten geschaffen werden.

*Forderung 6: Die Schulleitung verfügt über eine genügende Infrastruktur.*

Ein Projekt mit einer Schulleitung kann erst gestartet werden, wenn alle not-

wendigen Abklärungen getroffen sind und genügend Räumlichkeiten mit der heute üblichen Infrastruktur zur Verfügung stehen.

*Forderung 7: Die Lehrkräfte haben bezüglich ihrer eigenen Schulleitung ein Mitspracherecht.*

Damit eine Schulleitung wirkungsvoll ist, müssen sich die Lehrkräfte mit ihr identifizieren können. Es ist darum nötig, dass diese deshalb in allen Phasen (Modellerarbeitung, Realisierung, Evaluation) ein Mitspracherecht ha-

ben. Es ist vorteilhaft, aber nicht zwingend, dass die spätere Schulleiterin oder der spätere Schulleiter bei der Ausgestaltung des neuen Arbeitsfeldes beteiligt ist.



**Forderung 8:** Die Schulleitung unterliegt einer regelmässigen Qualitätskontrolle.

Für die Anstellung und Qualitätskontrolle der Schulleitungen sind die Schulbehörden zusammen mit Fachpersonen und Lehrervertretungen zuständig.

**Forderung 9:** Die Schulleitungen und Lehrkräfte haben ein Anrecht auf Begleitung.

Den Schulleiter/innen und Lehrkräften stehen vom Kanton ausgebildete Fachpersonen als Begleitung und Ansprechperson zur Verfügung. Kantonal geregelt sein muss auch ein Supervisionsangebot. Es ist wünschenswert, wenn die Schulleiterinnen und Schulleiter im Kanton sich regelmässig zum unabhängigen Erfahrungsaustausch treffen.

### Aufgaben der Schulleitung

**Forderung 10:** Die Schulleitung konzentriert sich auf die pädagogische Führung.

Damit die Schulleitung wirkungsvoll die pädagogische Führung und die Schulentwicklung vor Ort wahrnehmen kann, ist sie soweit wie möglich von administrativen Belangen zu entlasten.

Daher stellt man den Schulleitungen Sekretariate zur Verfügung, welche delegierte Aufgaben im administrativen

Bereich übernehmen. Die pädagogische Führung muss nicht unbedingt von einer einzelnen Person, sondern kann auch von einem Schulleitungsteam wahrgenommen werden. Was unter pädagogischer Führung zu verstehen ist, muss in einem Pflichtenheft für die Schulleitung umschrieben werden.

**Forderung 11:** Schulleiter/innen haben Kompetenzen im Finanz- und Anstellungsbereich.

Die Erfahrungen aus Schulgemeinden mit «Geleiteten Schulen» zeigen klar auf, dass die Erfahrungen dort positiv sind, wo die Schulleitung genügend finanzielle und organisatorische Kompetenzen hat. Die Schulleiter/innen haben zusammen mit der politischen Behörde ein Mitbestimmungsrecht bei der Erstellung des Globalbudgets.

Schulleitungen rekrutieren in Zusammenarbeit mit den Schulhausteams und Behördenvertretungen neu anzustellende Lehrkräfte und schlagen diese der Gesamtbehörde zur Wahl vor. Schulleitungen können auch Anträge zur Entlassung von Lehrkräften stellen.

**Forderung 12:** Die Schulleitung ist für die Qualitätssicherung verantwortlich. Für die Qualitätssicherung vor Ort ist in erster Linie die Schulleitung verantwortlich. Der Schulleiter oder die Schulleiterin verfügt über das nötige berufliche Know-how zur Qualitätsbeurteilung gemäss einer Qualitätssicherung im förderorientierten Sinn nach dem Modell Qualitätsmanagement an Thurgauer Schulen des LTG.



### Anforderungen an die Schulleitung

**Forderung 13:** Die Schulleiter/innen sind für ihre Aufgabe speziell ausgebildet und bilden sich rekurrent fort. Der Kanton regelt die einheitliche Grundausbildung und bietet modulare Weiterbildungsmöglichkeiten an, die es den betroffenen Schulleiter/innen ermöglichen, sich gezielt anhand der persönlichen Bedürfnisse und den Anforderungen vor Ort weiterzubilden.

**Forderung 14:** Schulleiter/innen sind Fachleute für Führung.

Personen, die an einer Schule die Leitungsaufgaben übernehmen möchten, haben eine Schulleiterausbildung absolviert oder stehen in einer solchen Ausbildung. Ein erfolgreicher Abschluss dieser Ausbildung sollte eine Eignung garantieren.



**Forderung 15:** Schulleiterinnen und Schulleiter haben pädagogische Erfahrungen.

Schulleiter/innen sind keine Klassenlehrkräfte mehr, sollen aber noch – je nach Anstellungsgrad – ein kleines Pensum unterrichten. Sie verfügen über eine pädagogische Ausbildung und mehrjährige Erfahrungen im Schulbereich.

Dieses Positionspapier beruht auf den zahlreichen und fundierten Rückmeldungen der Basis und der Diskussion innerhalb des Vorstandes LTG. Die Vernehmlassung hat ergeben, dass im Kanton eine grossmehrheitliche Zustimmung für Geleitete Schulen vorhanden ist.

Diese Forderungen wurden an der Delegiertenversammlung des LTG vom 15. Mai 2001 von den Delegierten verabschiedet.

# KEINE ÜBERSTÜRZTEN KRAFT- AKTE IM SPRACHENBEREICH

*Mehrsprachige, wirkungsvolle und koordinierte Bildung gefordert*

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) zeigt sich in seiner Stellungnahme zum Hearing der Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) besorgt über die Entwicklung im Bereich des Fremdsprachenlernens an den Schulen. Durch das Vorprellen einiger Kantone und die Patt-Situation an der Sitzung der EDK vom November 2000 droht eine Situation, welche sich sehr nachteilig auf die Schule auswirken könnte. Der LCH begrüsst das Vertagen von EDK-Beschlüssen und die nun eingeleitete Diskussion mit der Lehrerschaft.

*Die vollständige LCH-Stellungnahme findet man im Internet ([www.lch.ch](http://www.lch.ch)). Die nachfolgenden Positionen sind von der Redaktion gekürzt worden.*

**1. Skeptisches Ja zur Dreisprachigkeit als Entwicklungsperspektive:** Als Entwicklungsziel fasst LCH im Grundsatz die Dreisprachigkeit (lokale Hochsprache, eine zweite Landessprache und Englisch) bereits für die Primarstufe ins Auge mit der Begründung, dass die frühe Förderung der Dreisprachigkeit pädagogisch sinnvoll und für die spätere berufliche Qualifizierung nützlich sein *könnte*, wenn die Rahmenbedingungen seriös ausgestaltet werden. Primär gilt es aber, die Probleme im Deutsch- und Französischunterricht nachhaltig anzugehen.

**2. Keine Beeinträchtigung der anderen Sprachbildungsbereiche:** Die Lehrerschaft der Deutschschweiz verlangt

nachdrücklich, dass weder der Unterricht in Deutsch noch der in der zweiten Landessprache einen Abbau erfahren. In Gebieten mit einem hohen Anteil an Lernenden, für welche bereits Deutsch eine erste Fremdsprache ist, muss überdies das Deutschlernen eine höhere Priorität bekommen.

**3. Wichtige Bildungsbereiche erhalten:** Eine weitere Fremdsprache kann nicht durch Aufstocken des Lehrplans sowie der Unterrichtszeit eingeführt werden, es braucht Entlastungen in herkömmlichen Bereichen. Andererseits darf das Hinzufügen einer zweiten obligatorischen Fremdsprache nicht auf Kosten anderer wichtiger Bildungsziele geschehen. Es wird unumgänglich sein, die Lehrpläne zu überarbeiten.

**4. Mindestens sprachregional koordinierte Sprachenabfolge:** Der LCH ist in

intensiv geführten Debatten mit den Mitgliedorganisationen zur Einsicht gelangt, dass es gute Argumente für Englisch oder Französisch als erste Fremdsprache gibt. Die Wahl der ersten Fremdsprache muss hauptsächlich politisch begründet werden. Der LCH macht deshalb keinen Vorschlag zur Sprachenabfolge. Die Lehrerschaft verlangt, dass der jeweilige Beginn einer Fremdsprache mindestens sprachregional koordiniert erfolgt.

**5. Einstieg ins Frühenglisch nur unter angemessenen Bedingungen:** Es wird davon ausgegangen, dass die Würfel zumindest für die Deutschschweiz bereits zu Gunsten von Englisch gefallen sind. Die Lehrerschaft wird sich nicht darauf einlassen, den bisherigen Unterricht in der zweiten Landessprache mit unbefriedigender Wirksamkeit so fortzusetzen und unter denselben Bedingungen nun noch Englisch zu unterrichten. Für beide Fremdsprachen müssen die Ausrüstungsbedingungen erheblich verbessert werden. Das bedingt neue, wirkungsvolle didaktische Konzepte und Lehrmittel, angepasste Lehrpläne mit von allen Schülerinnen und Schülern zu erreichenden Minimalzielen, angemessene zeitliche Rahmenbedingungen und eine hochwertige sprachliche und didaktische Ausbildung der Lehrkräfte.

**6. Laufende Evaluation der Neuerungen:** Die Nationalfonds-Studien haben beträchtliche Schwachstellen des bisherigen Französischunterrichts aufgezeigt. Wenn nun die ganze Situation des Sprachenlernens durch Hinzufügen einer weiteren Fremdsprache auf der Primarstufe grundlegend verändert wird, ist dies nur im Rahmen einer genügend aufwändigen, unabhängigen und kontinuierlichen Evaluation der Reformprozesse und ihrer Wirkungen auf alle Bereiche der Schule zu verantworten.

**7. Den Sprachenportfolio-Ansatz ernst nehmen:** Der LCH hält es für reine Augenwischerei, wenn behauptet wird, dass am Ende der obligatorischen Schulzeit in beiden Sprachen die gleichen Minimalziele erfüllt sein müssen. Die Lehrerschaft lehnt es ab, den Eltern und den Lernenden gegenüber die Verantwortung für etwas zu übernehmen, was nicht einlösbar ist. Realistisch und redlich ist es, sowohl von einer generellen Differenz wie auch

## SERIÖSE ENTWICKLUNGSARBEIT UND KLÄRUNG OFFENER FRAGEN GEFORDERT

Der Verband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz fordert, dass auf überstürzte Kraftakte verzichtet und der seriösen Entwicklungsarbeit wieder Raum gegeben wird. Es braucht jetzt eine Fortschreibung des Gesamtsprachenkonzepts zu einem stimmigen, erfolgversprechenden gesamtschweizerischen Projekt unter Federführung der EDK und unter kritischem Einbezug der Erfahrungen aus den bereits laufenden kantonalen Projekten. Die vielen offenen Fragen und gerade die Dringlichkeit deutlicher Fortschritte im Angebot des Fremdsprachenlernens machen es zwingend nötig, den Prozess der Entscheidungsfindung und Vorgehensklärung nun zu verlangsamen. Ein zu rasches Vorgehen riskiert Sackgassenwege mit im Endeffekt zu grossem Zeit- und Geldverlust. Die Lehrerschaft verlangt einen sofortigen und intensiven Prozess der Klärung der noch offenen Fragen – und zwar im Zusammengehen von Wissenschaft, Lehrerschaft und Bildungspolitik.

von individuell bedingten Unterschieden im Erreichen der Zielniveaus auszugehen. Das konsequente Durchdenken des Sprachenportfolio-Gedankens macht eine Koordination der erreichbaren Abschlussniveaus überflüssig.

**8. Prioritär zu klärende offene Fragen:** Die EDK müsste aus den Vorarbeiten zum Gesamtsprachenkonzept wissen, dass vor einer Erweiterung um eine zusätzliche Fremdsprache viele offene Fragen geklärt werden müssen. Eine überstürzte Einführung von Neuerungen ohne Lösungen für die offenen Probleme würde der Schulqualität erheblichen Schaden zufügen. Dies sind unter anderem:

beginn und mit zwei Fremdsprachen den Problemen vieler Jugendlichen mit besonderen Voraussetzungen wirksam begegnet werden kann.

- Für die zweite Landessprache gilt besonders, dass sie nicht bloss als nützliches Instrument für die Ferien und das Berufsleben unterrichtet werden darf, sondern dass ihr auch als Mittel der kulturellen und politischen Verständigung zwischen den Landesteilen eine hohe Bedeutung zukommt.
- Schliesslich ist zu prüfen, ob nicht radikale Alternativen des Sprachenlernens ernsthaft geprüft werden müssten, bevor mit den bisherigen Ansätzen weitergefahren wird, die eher in Richtung eines auf Kinderformat ver-



- Wirkungsuntersuchungen zum Frühfranzösisch müssen ernst genommen werden, damit beim Frühenglisch nicht dieselben Fehler wiederholt werden.
- Man weiss noch wenig über Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen des Fremdsprachenunterrichts mit Drittklässern und noch überhaupt nichts über die Erfolgs- und Misserfolgskriterien bei einem Nebeneinander von zwei Fremdsprachen. Über die Auswirkungen des Einbaus einer weiteren Fremdsprache in den Lehrplan der Primarschule kann nur spekuliert werden.
- Man weiss einiges über die Vorteile der Immersion und des Embedding für den Fremdspracherwerb, verfügt aber über keine verlässlichen Daten, ob das fachliche Leistungsniveau in den zu unterrichtenden Fächern leiden könnte.
- Die sehr heterogen gewordene Zusammensetzung von Primarschulklassen wirft die Frage auf, wie in einem vorverlegten Fremdsprachen-

kleinerten Klubschulunterrichts gehen. Vielleicht müsste eine ganzheitliche Sprachförderung in einer multikulturellen, mehrsprachigen Gesellschaft auf der Grundstufe ganz andere Ziele verfolgen.

**9. Mitarbeit der Lehrerschaft:** Der LCH und seine Mitgliedorganisationen bieten ihre Mitarbeit in allen Phasen der Entwicklung und Realisierung eines wirksamen, kohärenten Konzepts der Sprachbildung an. Die Lehrerschaft versteht sich auch als Hüter von Qualitätsansprüchen bezüglich des Sprachenlernens wie auch bezüglich der Auswirkungen auf andere Fächer. Sie wird loyal mitarbeiten, nötigenfalls aber auch öffentlich machen, wo Fehlentwicklungen und ungenügende Investitionen die Zielerreichung gefährden und sich die Lehrerschaft zur Distanznahme gezwungen sieht. Man ist zuversichtlich, dass es gelingen wird, einen konstruktiven Dialog zwischen Lehrerschaft, Bildungspolitik und Wissenschaften aufzubauen.

## ZWINGENDE AUSTRÜSTUNGSELEMENTE

Die Erfahrungen mit dem Französischunterricht belegen, dass es keine Kompromisse bezüglich der Ausrüstung der Schulen erträgt.

1. Die Lehrpersonen müssen die betreffende Sprache ausgezeichnet beherrschen.
2. Die Lehrpersonen bringen eine pädagogische Freude am Vermitteln dieser Sprache auch unter eingeschränkten Bedingungen auf.
3. Die Lehrpersonen verfügen über didaktische Fähigkeiten des Vermittelns der Fremdsprache in heterogenen Lerngruppen.
4. Variable Lerngruppengrößen: Mit der zunehmenden Dauer des Sprachunterrichts werden die Voraussetzungen der Lernenden in der Regel immer heterogener, sodass die Möglichkeiten der Binnendifferenzierung im Klassenraum an Grenzen stossen.
5. Bereitstellung geeigneter Zeitgefässe für ein wirksames Sprachenlernen: Die täglichen Kurzlektionen müssen so angelegt werden, dass wirksame Trainingseffekte resultieren.
6. Lehrpläne, Lehrmittel und Promotionsordnungen müssen konsequent ausgerichtet sein an der Vermittlung mündlicher Konversationsfähigkeit und des verstehenden Lesens.
7. Die Lehrmittel müssen so konzipiert sein, dass der Zielschwerpunkt der Konversationsfähigkeit gestützt wird und die Lehrkräfte ermuntert werden, sprachliche Ressourcen fortgeschrittener Schülerinnen und Schüler voll zu nutzen.

Die Aus- beziehungsweise Weiterbildung der Lehrkräfte kann und darf nicht in deren Freizeit erfolgen. Die wissenschaftlichen Arbeitszeituntersuchungen von LCH zeigen deutlich auf, dass zusätzliche Aufgaben in der Arbeitszeit nicht mehr unterzubringen sind, ohne dass die Leistungen in angestammten Aufgabenbereichen darunter leiden.

Quelle: [www.lch.ch](http://www.lch.ch)

# SCHLUSSBERICHT «INTERNET»

## Viele positive Rückmeldungen zur LTG-Website

Ende August 2000 setzte der LTG-Vorstand eine Projektgruppe mit dem Auftrag zur baldmöglichsten Erstellung eines Internetauftritts ein. Mit der Projektleitung wurde Vorstandsmitglied Sonja Boppart beauftragt. Die weiteren Projektgruppenmitglieder waren Marianne Germann (Layouterin und Korrektorin von BILDUNG THURGAU) als designierte Webadministratorin sowie Dani Kirner (Präsident der Sektion Ermatingen-Salenstein) als Berater.

### Sonja Boppart

An der ersten Sitzung Anfang September wurden grundsätzliche Entscheide gefällt und auch von der Idee Abstand genommen, die LTG-Website selbst zu erstellen. Nach der Erarbeitung eines Grobkonzeptes wurden von zwei Fir-

### Ab 01.01.01: www.ltg.ch

An der Delegiertenversammlung im November 2000 wurde das ehrgeizige Ziel bekannt gegeben, die LTG-Website bereits am ersten Tag des neuen Jahrtausends im Internet aufgeschaltet zu haben. Damit setzte sich die Projektgruppe gewaltig unter Druck. Im Dezember folgten die Detailplanung

zum Jahrtausendwechsel aufgeschaltet werden konnte, obwohl einige Seiten noch nicht ganz fertig gestaltet waren. In den ersten Wochen des neuen Jahres folgten Detailbereinigungen und die Vervollständigung des Erscheinungsbildes sowie bereits erste Aktualisierungen.

An der Pressekonferenz des Verbandes der Thurgauer Lehrerschaft vom 20. Februar 2001 konnte der Internetauftritt zusammen mit dem im neuen Layout erscheinenden Mitteilungsblatt und der neu geschaffenen Pressestelle vorgestellt werden. Da letztlich der realisierte Internetauftritt des LTG um einiges umfangreicher als ursprünglich geplant ausfiel, konnte der Budgetrahmen nicht eingehalten werden. Damit aber keine Mehrkosten im laufenden Rechnungsjahr anfallen, wurde mit der Firma *tW communication* in Eschlikon die Vereinbarung getroffen, die restlichen Kosten auf das neue Verbandsjahr zu übertragen. Zudem wurden die Mehraufwendungen in einer konstruktiven Verhandlung auf ein für beide Seiten akzeptables Niveau gesenkt. Um die Rechnung bis Ende Juli 2001 nicht übermässig zu belasten, aktualisiert Marianne Germann die Website momentan nur mit dem Notwendigsten.

### LTG-Website findet Gefallen

Der übersichtlich gestaltete LTG-Internetauftritt findet erfreulicherweise grossen Gefallen – auch bei Nichtmitgliedern. Dies zeigen die vielen positiven Rückmeldungen. Dank regelmässiger Aktualisierungen lohnt es sich immer wieder, «www.ltg.ch» aufzusuchen. Wer nicht dauernd nachschauen will, ob Neues auf der LTG-Website zu finden ist, abonniert den Gratis-Newsletter (newsletter@ltg.ch). So erfährt man via E-Mail umgehend, welche wichtigen Neuerungen wie Vernehmlassungstexte, Positionspapiere, Pressestellungennahmen oder die neue Ausgabe von BILDUNG THURGAU abzurufen sind.

Auf kein grosses Echo ist der zum Start lancierte Wettbewerb gestossen. Nur gerade zehn Personen beteiligten sich daran. Deshalb verzichtete man auf eine Verlosung an der Delegiertenversammlung. Alle am Wettbewerb Teilnehmenden erhalten als Dank fürs Mitmachen einen Büchergutschein im Wert von 30 Franken, womit die Preissumme von 300 Franken auf alle Beteiligten verteilt wurde.

The screenshot shows the LTG website interface. On the left is a vertical navigation menu with the following items: **LEHRERINNEN UND LEHRER THURGAU**, **Portrait**, **Organisation**, **Beratung**, **Aktuelles**, **Mitteilungsblatt**, **Dienstleistungen**, **Links**, and **Kontaktadressen**. The main content area features a horizontal navigation bar with buttons for **Unser Verband**, **Mitglieder**, **Zweck**, **Pressestelle**, **Archiv**, **Standespolitische Ziele**, and **Statuten**. Below this, there is a photograph of a teacher and a student, and a list of membership statistics for the year 1999/2000:

371 Primarschullehrkräfte
269 Sekundarlehrkräfte
221 Kindergartenlehrkräfte
194 Realschullehrkräfte
166 Tertiäre Lehrkräfte
55 Mittelschullehrkräfte
55 Lehrkräfte an Privatschulen
51 Lehrkräfte an der Sonderschule
45 Heilpädagogische Lehrkräfte
43 Hauswirtschaftslehrkräfte
42 Lehrkräfte HIVT/W
41 Musikschullehrkräfte
20 Turnlehrkräfte
9 Fachlehrkräfte
4 Logopädielehrkräfte
2 Werklehrkräfte
10 weitere Lehrkräfte

Below the statistics, there is a note: **Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Mitgliederbestand um 199 Personen. Mitteltrages Ziel des Vorstandes und der Projektgruppe «2400» ist es, einen festen Mitgliederbestand von mindestens 2400 Personen zu erreichen.**

men Kostenvoranschläge eingeholt. Am 26. September 2000 erteilte die Projektgruppe nach Genehmigung durch den Vorstand der Firma *tW communication* in Eschlikon den Auftrag zur Erstellung eines detaillierten Budgets und erster Entwürfe.

An der Klausurtagung in Weissbad erarbeiteten Sonja Boppart und Marianne Germann die Grobplanung der Website. Nach der Präsentation der Tagungsergebnisse genehmigte der Vorstand das Projekt samt Budget zuhanden der Delegiertenversammlung, die am 29. November 2000 das Projekt einstimmig genehmigte und gesamt-haft 14 000 Franken für die Planungs- und Realisierungsarbeiten freigab.

und die inhaltliche Ausgestaltung der Seiten. Diese sehr zeitaufwendige Arbeit besorgte in erster Linie Marianne Germann, unterstützt durch Markus Germann, der als langjähriges Vorstandsmitglied viel Sachwissen einbringen konnte. Alles geschah in laufender Absprache mit der Internet-Projektleiterin Sonja Boppart und den übrigen LTG-Vorstandsmitgliedern. In Eschlikon war Nils Wedemeyer von der Firma *tW communication* ab Mitte Dezember mit der technischen Erstellung der Website beschäftigt.

Zwischen Weihnachten und Neujahr wurden die Seiten korrigiert und einige Anpassungen vorgenommen, so dass die Website des LTG wie geplant